

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. für vorwärts zahlbar. Für Politikern nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Jeder Streifenbogen besogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Böhmen, das Saargebiet, Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 20 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 46.

Die achtspaltige Annoncenzeile oder deren Raum kostet 6.- M. einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Des festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,25 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: Des festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Neue Kämpfe

Der Sitzungsabschnitt des Reichstages, der heute beginnt, wird — man braucht kein Prophet zu sein, um das vorauszusagen — außerordentlich interessant und bedeutungsvoll sein. Es kommen Gegenstände von höchster Bedeutung auf die Tagesordnung. Ihre Behandlung wird die Meinungen heftig aufeinander schlagen lassen, und ihre Erledigung wird von der größten Wichtigkeit für die deutsche Republik und das deutsche Volk sein.

Zunächst wird sich das Parlament mit der Gesamtlage unserer inneren Politik beschäftigen. Der Nord an Erzberger, seine Voraussetzungen und seine Folgen werden bei eingehenden Debatten Anlaß geben, und bei dieser Gelegenheit wird man selbstverständlich das große Problem des Bestandes der Republik aufrollen. Interpellationen, die von links und rechts eingebracht sind, geben die Möglichkeit zur gründlichen Erörterung der Frage, wo die Feinde der gegenwärtigen Staatsform liegen und ob und wie ihrem Treiben wirksam entgegenzutreten ist.

Damit im engsten Zusammenhang steht das große Kapitel Bayern. Dieser Staat, der eigentlich nur formell mit dem Reich verbunden ist und sich unenträglich Sonderrechte anmaßt, hat den Feinden der Republik ein Asylrecht gewährt, und unter den Augen seiner Regierung, die sich mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen die sozialistische Arbeiterklasse wandte, konnte die monarchistische und militaristische Reaktion unbehelligt ihren verbrecherischen Geschäften nachgehen. Er hat sich des weiteren getraut, Verordnungen des Reichspräsidenten als rechtsverbindlich anzusehen und durchzuführen, und Berlin ist mit Wünschen erst zu einem Einvernehmen gelangt, nachdem ein neuer bayrischer Ministerpräsident gewählt war, der etwas mehr persönliches Entgegenkommen bewies als sein Vorgänger. Auch diese Verständigung aber trägt den Forderungen der bayrischen Sonderbündler noch im weitestgehenden Maße Rechnung.

Wir können uns mit ihrem Inhalt nicht einverstanden erklären. Indessen betrachten wir sie nicht als den Hauptangriffspunkt, sondern wir wenden uns überhaupt gegen die Verordnungen. Wir bekämpfen die Politik der Ausnahmebestimmungen nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch, weil wir wissen, daß die Waffe, die gegen die Reaktion geschmiedet sein soll, in den Händen der ausführenden Organe zu einem Instrument gegen die radikale Arbeiterbewegung wird.

Der Schutz der Republik, die wir gegen die Monarchisten verteidigen, obwohl wir im heftigsten Gegensatz zu ihrem heutigen kapitalistischen Charakter stehen, kann sich nicht auf Verordnungen des Reichspräsidenten gründen. Was notwendig ist eine durchgreifende Umgestaltung der Gesetzgebung, und die Unabhängige Fraktion des Reichstages hat in dieser Erkenntnis der Volksvertretung einen Gesetzentwurf vorgelegt, der in erster Linie eine grundlegende Reform der Justiz in Strafsachen, die Rechtsprechung nur durch Geschworene und die Wahl der Geschworenen durch das Volk fordert. Der des weiteren der Regierung eine Handhabe gegen diejenigen Beamten geben will, die monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in der Ausübung ihres Amtes bekunden, und der endlich noch die Konfiskation des Vermögens der früheren landesfürstlichen Familien verlangt.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfes wie bei all den anderen Debatten, die sich an die Vorgänge der letzten Zeit knüpfen, wird sich herausstellen, ob es in der Deutschen Reichstage eine Mehrheit gibt, die nicht nur ein billiges Lippenbekenntnis zur Republik abgelegt, sondern ernsthaft entschlossen ist, das Nötige zu tun, um sie gegen die Umtriebe ihrer Feinde zu sichern. Mit großer Spannung erwarten wir die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und besonders derjenigen Fraktion, die neuerdings von Rechtssozialisten für bündnisfähig erklärt worden ist. Die Resolution von Görlitz stellt zwar als Vorbedingung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei die republikanische Zuverlässigkeit der Freunde des Herrn Stresemann auf.

Aber die führenden Sprecher des Parteitagess schienen doch diese Zuverlässigkeit bereits als gegeben vorauszusetzen. Reden beweisen nicht viel, da es auf die Handlungen ankommt. Wir werden jedoch auch schon aus dem Auftreten der Volksparteiler im Parlament bis zu einem gewissen Grade entnehmen können, ob und wie weit die günstige Meinung, die die sozialdemokratischen Befechter der großen Koalition über die Verbündeten von morgen bekundeten, wirklich berechtigt ist. Man kann am Ende damit rechnen, daß sich die Volksparteiler, die doch gar zu gern in die Regierung eintreten möchten, in ihren Worten eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung auferlegen werden. Dann wird unser Gesetzentwurf einen Prüfstein für ihre wahre Gesinnung abgeben. Und wir glauben mit Sicherheit sagen zu können, daß sie diese Probe nicht bestehen werden. Schon die heftigen Vorstöße, die Stresemann und ein Teil seiner Freunde gegen die Person des Reichstagslers

#### Die Untersuchung des Oppauer Unglücks

##### Die Ursachen und ihre Verhütung

Wir bemerkten schon vor einigen Tagen, daß die Ursachen der Katastrophe von Oppau sorgfältig untersucht werden müssen, aber nicht nur, um die Schuldigen zu ermitteln, sondern um festzustellen, ob die in den Städtchen getriebenen Arbeiter-Schutzmaßnahmen ausreichend sind. Es muß untersucht werden, ob ein Mangel in diesem Punkte an dem Unglück schuld oder auch nur mit schuld ist. Wir fordern die Untersuchung mit diesem Ziel, weil alles daran gesetzt werden muß, derartige Katastrophen für die Zukunft zu verhüten. Die außerordentliche Betriebsunsicherheit ist durch diese verheerende Explosion auf die schrecklichste Weise nachgewiesen worden. Die Notwendigkeit einer Erhöhung der Betriebssicherheit steht also wohl außer allem Zweifel.

Inzwischen ist aber auch durch Äußerungen von sachkundiger Seite gezeigt worden, daß unsere Fragestellung und unsere Forderung richtig waren. Zunächst liegt eine umfangreiche Darstellung der Direktion der von dem Unglück betroffenen Badischen Anilin- und Soda-Fabrik vor. Wir rechnen auch sie zu den sachkundigen Äußerungen, nebeln aber nicht, daß wir der Mitteilung dieser, an der ganzen Angelegenheit in höchstem Maße interessierten Stelle mit starkem Mißtrauen gegenüberstehen. Wir haben schon in unserer Sonntagsausgabe vom Inhalt dieser Aussage der Direktion in kurzem Auszug Kenntnis gegeben. Danach ist das Unglück zurückzuführen auf die Explosion eines Lagers von etwa 4500 Tonnen Ammoniumsulfatsalpeter. Diesem fügt die Direktion hinzu:

„Es war bisher nicht bekannt und im höchsten Maße überraschend, daß dem nach langen und eingehenden Versuchen seit Jahren im größten Umfange hergestellten und gelagerten Produkt eine Explosionsfähigkeit innewohnt und die Fabrik hat, bevor sie bald nach dem Kriege von der ausschließlichen Herstellung von Ammoniumsulfat als Düngemittel zu der Herstellung weiter und zwar mit Hilfe von Ammoniumsulfat gewonnenen Düngemitteln überging, auf das gründlichste und sorgfältigste geprüft, ob diese neuen Salze in großen Mengen gelagert und transportiert werden dürfen.“

In einer ausführlichen Darstellung schildert sodann die Direktion die Erfahrungen der chemischen Wissenschaft mit den in Frage kommenden Produkten, die, wie die Direktion wiederholt, den Schluß rechtfertigen, „daß auch eine Lagerung des Ammoniumsulfatsalpeters in größtem Maßstabe keine Gefahren bieten konnte.“

Dieser Auffassung wird durch einen anderen Sachmann widersprochen. Herr Dipl.-Landwirt E. Fink teilt der „F. Z.“ am Mittag mit, daß die Explosionsfähigkeit des Ammoniumsulfatsalpeters durchaus bekannt war. Er gar in Schulbüchern sei auf die Gefährlichkeit des Stoffes bereits hingewiesen worden. Auch Fink belegt seine Behauptung mit der Darlegung wissenschaftlicher Erfahrungen und folgert daraus:

„Ganz unverständlich ist, wie man angesichts einer solchen (man sollte meinen, in Fachkreisen bekannten) Gefahr die Kleinigkeit von 4000 Tonnen an einer Stelle aufbewahrt! Unverständlich weiterhin, wie man solchen Explosionsstoff der Landwirtschaft anbietet, wo auf jedem Gutshofe große Mengen leichtentzündlicher Materialien, wie Getreide, Heu, Stroh usw., lagern, eine Ansicht, welche ich einem Propagandavertreter des Städtchens gegenüber erst kürzlich vertreten habe.“

Hier stehen also die Urteile von Fachleuten gegeneinander. Oder richtiger: Dem Urteil einer Gruppe von interessierten Fachleuten steht gegenüber das entgegengesetzte laienhafte Urteil eines uninteressierten Sachmannes, dem wohl das größere Maß von Objektivität zuzusprechen sein dürfte. Hat Herr Fink recht, dann trifft die Oppauer Direktion eine ungeheure Schuld.

Der „Vorwärts“ berichtet sogar auf Grund von Aussagen von Arbeitern, daß die fest gewordenen, im höchsten Maße explosiven Massen durch Sprengung zerfeinert worden

sind. Trifft das zu, dann liegt ein Maß von Gewissenlosigkeit der Betriebsleitung vor, die das menschenmögliche übersteigt.

Das ist der eine Grund, weshalb wir eine sorgfältige Untersuchung dieser Dinge fordern müssen. Die Aussagen der Fachleute beweisen aber ferner, daß die Erfahrungen mit der Verarbeitung dieser Stoffe noch sehr unzulänglich sind. Zum mindesten sind die aus ihnen zu ziehenden Schlüsse hinsichtlich der Betriebsunsicherheit noch völlig ungeklärt. Hier muß ernsthaft eingegriffen werden. Solange ein so hohes Maß von Gefahr besteht, muß verhütet werden, daß immer und immer wieder Tausende von Arbeitern in diese Hölle geschickt werden. Weitgehende Schutzvorschriften in Gestalt eines besonderen, sofort zu bearbeitenden Gesetzes sind erforderlich. Diese Forderung wird auch gerechtfertigt durch den Hinweis des Ingenieurs Lux auf ein gleiches Unglück, das sich während des Krieges in Bitterfeld zugetragen hat. Auch dieses Urteil eines Sachmannes haben wir bereits am Sonntag wiedergegeben. In jener Zeit, da der Massenmord als täglich und mit patriotischer Inbrunst geübter Brauch galt, war man schamlos genug, über einen solchen Fall zur Tagesordnung überzugehen. Das darf sich nicht wiederholen. Unsere Forderung nach einem besonderen Unterstützungsgesetz für die Opfer von Oppau haben sich die Arbeiter- und Angestelltenvertreter, die im Reichsausschuß zur Verfolgung der Angelegenheit vertreten sind, bereits zu eigen gemacht. Wir hoffen, daß sich die gesamte Arbeiterklasse und ihre Vertretungen auch dafür einsetzen, daß alles geschieht, um dieses entsetzliche Unglück zu dem letzten dieser Art zu machen.

#### Das Hilswert für Oppau

Die Siemens-Rhein-Elbe-Schuckert-Union hat für das Oppauer Hilswert einen Betrag von 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. — Das Schwedische Rote Kreuz spendete den Geschädigten von Oppau 160 000 Mark. Der schwedische Minister des Aeußern, Graf Brangel, und eine Reihe der in Stockholm akkreditierten Vertreter der Mächte sprachen dem Deutschen Gesandten ihre Teilnahme aus. Auf Veranlassung des deutschen Gesandten in Stockholm wird unter den Deutschen in Schweden eine umfangreiche Sammlung zugunsten des Reichshilfsausschusses für Oppau veranstaltet. — Der Bayerische Industriellenverband in München hat für die Opfer des schweren Unglücks von Oppau den Betrag von 50 000 Mark gespendet.

In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte der Direktor der Badischen Anilin- und Sodawerke Dr. Julius, daß bis heute vormittag 330 Tote (einschließlich einiger Vermisster) festgestellt worden seien. Nach Ansicht der Direktion müsse die Ursache der Explosion von außen gekommen sein. Dr. Julius teilte mit, daß kein Arbeiter wegen stilllegung des Oppauer Betriebes entlassen werde. Sämtliche Arbeiter werden vielmehr mit Notstandarbeiten beschäftigt.

Nach einer Bekanntmachung des Bürgermeisters am Ludwigschafen beträgt heute die Zahl der noch nicht erkannten Leichen 75. Die Zahl der seitens der Angehörigen als vermisst gemeldeten Personen ist auf 90 gestiegen.

#### Liebesgaben für Oppau frechtfrei

Der Reichshilfsausschuß für Oppau macht darauf aufmerksam, daß sämtliche Liebesgaben für die Opfer des Oppauer Unglücks auf der Reichseisenbahn frechtfrei befördert werden. Es empfiehlt sich, die Sendungen im Frachtbrief als Liebesgaben für Oppau kenntlich zu machen. Sendungen sind zweckmäßig an den Stadtrat in Ludwigschafen zu richten.

Der Reichsminister des Innern hat unter Zustimmung der bayerischen Regierung den Direktor der Chemischen Reichsanstalt, Oberregierungsrat Dr. Penke, der ein hervorragender Sachmann in allen Explosionsfragen ist, nach Oppau entsandt, um an der Aufklärung der Gründe des Explosionsunglücks mitzuwirken.

Wirth unternommen haben, sind in dieser Beziehung bezeichnend genug. Die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, bleibt den Rechtssozialisten überlassen.

Vielleicht wird es manchem von ihnen nicht ganz unwillkommen sein, wenn die Partei durch das Verhalten der in Görlitz so stark Umworbenen die Möglichkeit erhält, die ausgestreckte Freundeshand wieder zurückzuziehen. Aber der Sündenfall ist nicht rückgängig zu machen. Wenn es wirklich nicht zur Tat kommen sollte, so war doch der Vorfall vorhanden, und es würde zuletzt nur lächerlich wirken, wenn man das politische Auftreten der Stinnes-Gruppe in diesen und in den kommenden Tagen zum Anlaß des Verzichtes auf das Zusammengehen mit einer Partei nähme, deren Wesensart seit langem jedem, der die Augen nicht absichtlich verschloß, bekannt sein mußte. Jedenfalls hat die Sozialdemokratie durch ihr Görlitzer Vorgehen auf neue ein großes Maß von Vertrauen bei allen Klassen-

bewußten Arbeitern eingebüßt, und die Folgen davon werden sich auch im parlamentarischen Leben zeigen. Die Grundlage für die eben angebahnte Aktionsgemeinschaft mit den Unabhängigen ist aufs allerstärkste erschüttert, und die Position der Arbeiterfraktionen in ihrer Gesamtheit ist zum Vorteil der kapitalistischen Parteien geschwächt.

Doch rechnen wir mit dem einseitigen Wahrscheinlicheren Fall, daß die neue Koalition zustande kommt. Auf die Debatten über die Gegenwart und die Zukunft der deutschen Republik werden die über die Finanzreform und die neuen Steuern folgen. In Görlitz hat man ein Steuerprogramm aufgestellt, an dessen Verwirklichung mit Hilfe der Deutschen Volkspartei die Rechtssozialisten um so weniger glauben können, als sie doch schon mit Recht die stärksten Zweifel hegen müssen, ob auch nur ihre jetzigen Kameraden: Demokraten und Zentrum, mit ihnen an einem Strang ziehen werden. Es gibt zwei Möglichkeiten: ent-



weder geht der neue Bund bei der Steuerfrage in die Brüche, und dann war das ganze Angebot sinnlos, aber aber die Sozialdemokraten suchen und finden ein Kompromiß mit den Stinnes-Leuten, und dann sind die Interessen des Proletariats glatt verraten.

So wird der Winter reich an Kämpfen sein, die die Arbeiterschaft aufs allerunmittelbarste angehen. Die Unabhängige Fraktion des Reichstages wird in ihnen ihren Mann zu stehen haben, aber sie wird ihre Aufgabe nur bewältigen können, wenn sie sich bewußt sein darf, daß die Massen draußen das volle Verständnis für die politische Situation besitzen und entschlossen sind, ihr eigenes Gewicht mit in die Waagschale zu werfen.

## Die Regierungsumbildung

Angeichts des Zusammentritts des Reichstages wird eine Flut von Gerüchten über die Regierungsumbildung verbreitet. Lediglich über die Haltung der Deutschen Volkspartei liegt eine Erklärung vor mit folgendem Wortlaut:

„Die Deutsche Volkspartei hat in Heidelberg ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zu einer Koalition auf breiter Basis erklärt. Ein Ausschuh von mehreren Mitgliedern ist eingesetzt worden, um die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Mitwirkung der Deutschen Volkspartei bei der Regierungsbildung möglich wäre. Soweit wir unterrichtet sind, werden die Forderungen der Deutschen Volkspartei, falls man an sie herantritt, weniger in Personal- oder Ressortforderungen als in der Forderung der Aufstellung eines sachlichen Programms zur Lösung der aktuellen Fragen, namentlich auf finanziellen Gebieten, bestehen. Man sieht in Kreisen der Deutschen Volkspartei die finanzielle Lage des Reiches als außerordentlich ernst und gefährdet an und würde zu einer Mitarbeit sich nur bereitfinden, wenn energische Mittel angewendet werden, um das Elend der Reichsfinanzen zu beseitigen.“

Der Ausschuh von drei Mitgliedern soll nach Angabe der „Kölnischen Zeitung“ aus Herren bestehen, die den Deutschen nationalen außerordentlich nahe stehen. Das ist sehr wahrscheinlich. Im übrigen weiß man ja auch, was die Deutsche Volkspartei meint, wenn sie ein Programm zur Beseitigung des Elends der Reichsfinanzen aufstellt. Von einer Besteuerung des Besitzes entsprechend seiner Leistungsfähigkeit dürfte in ihm wohl nichts zu finden sein.

Außerdem liegt eine Meldung der „Dena“ vor, in der es zum Schluß heißt:

„Falls nun im Verfolg der von der Deutschen Volkspartei eingeschlagenen Taktik, die eine Beteiligung der Reichsanstalterschaft Dr. Births hinsichtlich der Gedanke einer Erweiterung der Koalition nach rechts zum Scheitern kommen sollte — und dies ist nicht unwahrscheinlich, nachdem sowohl die S. P. D. als auch das Zentrum durch den Mund ihrer ersten Führer sich aus innen- und außenpolitischen Gründen für die Kanzlerschaft Dr. Births eingesetzt haben —, so liegt es in der Natur der politischen Entwicklung, daß dann das Pendel nach links schlägt und ernsthafte Versuche gemacht würden, die U. S. P. zur positiven Mitarbeit an der Reichspolitik heranzuziehen.“

Auch das sind bisher nur Kombinationen, auf die einzugehen, keinerlei Veranlassung vorliegt.

## Der Kampf gegen die Vermögenssteuern

### Wie soll die Landwirtschaft besteuert werden?

Der neue Reichsteuergesetzentwurf will den Vermögenswert auch aus landwirtschaftlichen Grundstücken nicht nach dem Ertragswert, sondern nach dem gemeinen Werte besteuern. Bisher haben es diese Grundbesitzer trefflich verstanden, den Ertrag ihres Grund und Bodens zu verschleiern und auf diese Weise in weitestem und wirkungsvollem Maße Steuerhinterziehung zu betreiben. Wird z. B. der zwanzigfache Betrag des Reinertrages der Berechnung des Vermögenswertes zugrunde gelegt, so „verringert“ sich das Vermögensobjekt bei jedem Hundert Mark verschleierte Ertrages um 2000 Mark, während, wenn der gemeine Wert, der Preis, der für das Grundstück normalerweise zu erzielen ist, zugrunde gelegt wird, derartige Schiebungen sich nicht wirksam erweisen. Es fällt natürlich keinem Grundbesitzer ein, sein Grundstück nach solchem Ertragswert zu verkaufen. Er weiß sehr wohl, daß er ganz andere Preise dafür erzielen kann. Aber um einen möglichst großen Teil dieses Vermögens dem Steuerzugriff vorzuenthalten zu können, lobt man sich für Steuerzwecke den Ertragswert.

Die preussische Haupt-Landwirtschaftskammer hat an den Reichslandwirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der sie sich bitter über die neue Bestimmung des Vermögenswertes beschwert und verlangt, daß der Vermögensberechnung bei Grundstücken der Ertragswert zugrunde gelegt werde. Nun ist es zwar eine bekannte Tatsache, daß nicht nur in neuerer Zeit zahlreiche Grundstücksverkäufe vorgenommen, sondern dabei auch vielfach ganz enorme Preise erzielt wurden. Diese Tatsache sucht die preussische Hauptlandwirtschaftskammer mit der Bemerkung abzutun, daß diese Käufe in der Hauptphase von „kapitalkräftigen, durch die Kriegs- und Nachkriegszeit reich gewordenen, nicht aus der Landwirtschaft stammenden Personen für Landgüter aller Größenklassen“ gesucht wurden, wobei sie Preise bezahlten, „die den wirklichen inneren Wert der Grundstücke bei weitem übertreffen und vielfach bewußt, ohne Rücksicht auf die Rentabilität, angelegt werden“. Daran ist zweifellos etwas Wahres. Aber es ist doch eine Verfälschung der öffentlichen Meinung, die Sache so darzustellen, als hätten gerade der landwirtschaftliche Grund und Boden nicht ganz gewaltige Preissteigerungen erfahren. Diese Steigerungen sollen nach dem neuen Gesetzentwurf steuerlich mißbraucht werden. Der Öffentlichkeit aber wird in der Eingabe der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer vorgegaukelt, als wolle man mit der Besteuerung nach dem Ertragswert nur Bestrebungen begegnen, die darauf hinauslaufen, den Vermögenswert in Grundstücken nach dem vorher bezeichneten Kauf bei Billigengrundstücken zu messen. Allgemein bestimmt sich der Preis des Grundstücks nach dem wirklichen oder möglichen Ertrage. Er ist gegeben durch die Kapitalisierung der realisierten oder realisierbaren Grundrente. Und dies ist eine durchaus begründete Ansicht.

Attentat auf Marshall Wilsudski. Wie Havas aus Lemberg meldet, wurde auf Marshall Wilsudski ein Revolveranschlag verübt, als er sich von einem Festessen der Gemeindebehörden nach dem Theater begeben wollte. Nur sein Begleiter, Graf Grabowski, wurde verletzt. Wilsudski selbst begab sich nach dem Theater, wo er lebhaft begrüßt wurde. Der Urheber des Anschlags verfuhr sich selbstmordlich zu begeben, konnte jedoch daran verhindert werden. Er wurde als der Sohn des Lemberger Adolfsen Hebat festgesetzt. Er ist Ukrainer und gibt an, daß sein Anschlag nur gegen den Statthalter gerichtet gewesen sei.

# Der Niedergang des Welthandels

## Gläubiger- und Schuldnationen — Das Zusammenarbeiten der Mächte

Der englische Kolonialminister Churchill hat in Dundee eine große Rede gehalten, die sich mit der gesamten Weltlage befaßte. Besonders ausführlich äußerte er sich über den Niedergang des Welthandels, der die Lage der englischen Arbeiterklasse tief berührt. Die Ursachen lagen in den riesenhaften Verschuldungen, die von dem einen Lande gegen das andere geltend gemacht würden. Churchill sagte: Die großen Nationen der Welt bieten augenblicklich ein merkwürdiges pathetisches Schauspiel: Amerika, England, Frankreich, Italien, alle heißen ständige Geldsummen voneinander oder von Deutschland herauszu bekommen. Schulden eintreiben ist eine Hauptindustrie geworden und nimmt in den Köpfen zahlreicher Politiker und Parlamentarier und sogar Völker den Hauptplatz ein. Wenn alle Schulden und Entschuldigungen zwischen Nation und Nation bezahlt werden würden, dann würde jedes Gläubigerland gedumpte Ware (Dumping ist die Bezeichnung für Ware, die aus den valutaschwachen Ländern nach den Siegerstaaten eingeführt wird und naturgemäß den Preis der einheimischen Produktion drückt) erhalten und zwar in Mengen und zu Preisen, die für den geordneten Betrieb ihrer Industrien verhängnisvoll sein würden. Nicht ein einziges der reicheren Länder, die Anspruch auf riesige Wareneinfuhr als Bezahlung der ihnen geschuldeten Beträge haben, würde diese Waren, wenn sie kommen sollten, annehmen. Auf der anderen Seite schäffen sie, und ganz mit Recht, Tarife und alle Arten von Sondergesetzen, um zu verhindern, daß ihre eigenen Industrien durch solche riesige unwirtschaftliche Einfuhr völlig erschüttert werden.

Die Kaufkraft der Schuldnationen ist vollkommen erloschen. Die Gläubigerationen haben infolge der Währungsverhältnisse größte Schwierigkeiten, nach den Schuldnationen auszuführen, da diese letzteren ihnen bereits mehr schulden, als sie bezahlen können. Die Schuldnationen sind gezwungen, jährlich nach den Gläubigerationen riesige Mengen auszuführen, was ihre Leistungsfähigkeit weit übersteigt. Die Gläubigerationen wäßen diese Waren jedoch nicht annehmen aus Furcht, daß darunter ihre eigenen Industrien leiden. Dadurch wird der gesamte internationale Handel ungeheuer eingeschränkt und jedem Lande wird dadurch Schaden zugefügt. Die erzielten Ergebnisse sind gerade das Gegenteil von dem, was die meisten erhofften. Ein Beispiel dafür ist der größte Schuldnerstaat Deutschland, und der größte Gläubigerstaat Amerika. In Deutschland arbeiten die Industrien intensiv. Deutschland wird durch seine Ausfuhr in die Lage verkehrt, fast den Markt, den es befehligt, zu erobern. In den Vereinigten Staaten ist die Lage

ganz anders. Sie verfügen über Berge von Gold. Der amerikanische Ausfuhrhandel wird jedoch sehr eingeschränkt. In Amerika sind dreimal soviel Erwerbslose wie in England, und ein Steigen der Kurve für die Lebenshaltung in den Vereinigten Staaten wird für die unmittelbare Zukunft angekündigt. Diese Gegenläufe ergeben die unbedingte Notwendigkeit, daß die Staatsmänner aller Länder sobald wie möglich zusammenkommen, um sich von neuem diesem Problem des internationalen Handels zuzuwenden, damit die Ströme des Angebots und der Nachfrage wieder frei über die Oberfläche der Welt fließen können.

Churchill wandte sich im weiteren Verlauf seiner Rede nach einigen abwegigen Bemerkungen über den Volkswirtschafts dem Zusammenarbeiten der Mächte zu. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, von denen jede notwendig sei für das Wiederaufleben und die Sicherheit der Welt. Eriens sei notwendig das Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlfahrt Europas wieder aufzubauen. Weiter sei notwendig das Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Wettbewerbe in den Küstungen zur See zu verhindern, und um den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill sagte, Großbritannien habe eine äußerst wichtige Rolle bei dem Zustandekommen dieser einträchtigen Kombinationen zu spielen. England müsse jedoch in unbedingter Ehrlichkeit und Billigkeit gegen alle handeln. Das Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustandekommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte. Im Gegenteil, nur dadurch, daß England Frankreich fühlbar mache, daß es immer noch sein Freund sei und ein Freund in der Not, werde England die freitigen Beziehungen für das Vertrauen in Frankreich und Europa schaffen, die es in die Lage setzen würden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern und die einträchtige gemeinsame Aktion dieser drei Mächte zu fördern, von denen nicht eine einzige ausgelassen werden dürfe, wenn Europa seinen früheren Reichtum und seinen früheren Ruhm wiedergewinnen wolle. In gleicher Weise könne England keine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern oder seinen Küstungen zur See Einhalt gebieten, wenn es seine wohlverbrochte Freundschaft mit Japan beiseite werfe. Es müsse ein größeres Einvernehmen zwischen den drei Seemächten des Stillen Ozeans zustande gebracht werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens.

## Die Verhandlungen mit München

München, 26. September.

Amlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlass der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern wird am Dienstag nachmittags Gegenstand von Beratungen im Verfassungsausschuh des Landtages sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtages nicht vorzugreifen, wurde bisher von einer Veröffentlichung des Wortlautes der Abmachungen Abstand genommen. Bedauerlicherweise ist durch Indiskretion eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen der Reichsminister des Innern selbständig Verfügungen erlassen könne und der Landesbehörde lediglich das Recht der Beschwerde an den Reichsratsauschuh zustehe. Das ist falsch. Es ist im Gegenteil tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlass von Verboten hat. Dem Reichsminister des Innern ist lediglich das Recht eingeräumt, an die Landeszentralbehörde ein Ersuchen um Erlass von Verboten und Beschlagnahmen zu richten. Wenn die Landeszentralbehörde glaubt, solchen Ersuchen nicht Folge leisten zu können, tritt eine schiedsrichterliche Entscheidung der föderativen Instanz, des Reichsratsauschuhes, ein.

### Das Verbot der „Münchener Morgenpost“ aufgehoben

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 26. September.

Auf Veranlassung des bayerischen Ministeriums des Innern teilte heute Polizeipräsident Pochner dem Verlag unseres Münchener Parteiblattes mit, daß das Verbot der „Münchener Morgenpost“ ab 26. September aufgehoben sei. Von der Redaktion der „Morgenpost“ erfuhr ich, daß das Blatt am 1. Oktober wieder erscheint, und zwar in stärkerem Umfang als bisher. Vorbereitungen für den weiteren Ausbau des Blattes sind im Gange.

Von der Aufhebung des Verbotes der Berliner „Freiheit“ im Gebiete des Staatskommissars für München Stadt und Land ist hier noch nichts bekannt geworden. Nachdem hier die Sonntagsnummer der „Freiheit“ vorliegt, in der die Enthaltungen des bayerischen Staatspräsidenten über die Geheimorganisation wiedergegeben sind, kann festgestellt werden, daß die Münchener bürgerliche Presse bei Veröffentlichung der Statuten der Geheimorganisation eine große Fülligung begangen hat. Sie verschwiegen ihren Lesern, daß Mitglieder der Geheimorganisation, die sich Ungehorsam gegen Vorgesetzte zuschulden kommen lassen oder sich als Verräter erweisen, der Feme verfallen. Mit dieser Fülligung soll die Gefährlichkeit der Geheimorganisation verdeckt werden.

## Die Aussperrung in Höchst

Zu den Höchster Ereignissen, die wir kurz meldeten, wird der „Frankfurter Zeitung“ noch gemeldet:

Ein junger Angestellter der Höchster Farbwerke hatte über die Oppauer Katastrophe eine überaus rohe Bemerkung gemacht, die die Arbeiter auf das äußerste erbitterte mußte. Arbeitermassen zogen darauf vor das Direktionsgebäude und stellten wirtschaftliche Forderungen, die die Arbeitgeberseite als tarifwidrig bezeichnet. Jetzt sind die Höchster Farbwerke und die Kunstseidefabrik Kellertbach geschlossen worden. Auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes für die chemische Industrie ist das Griesheimer Elektromer der Aufnahme gefolgt. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind striktlos entlassen worden. Dadurch ist ein sehr ernster Zustand geschaffen worden. Die Erregung der Arbeiterschaft ist groß. Sowohl in Griesheim wie in Höchst haben gestern morgen die Arbeiter den Zugang zu den Fabriken unter Kontrolle gestellt und die Angestellten am Betreten der Anlagen verhindert. Jedoch ist im übrigen die Ruhe aufrechterhalten geblieben. Aus Höchst spezial wird uns gemeldet, daß dort ältere Arbeiter selbst auf den Straßen für die Ordnung sorgen. Auch ist in Verhandlungen zwischen dem Landrat, Vertretern der Stadt Höchst und den Gewerkschaften sowie direkten Vertretern der Arbeiterschaft eine Vereinbarung dahin gehend zustande gekommen, daß das Wasserwerk, das Gaswerk und das Elektrizitätswerk aufrechterhalten bleiben, desgleichen die

Pferdefütterung im Serumbetriebe. Auch im „Oleum“-Betriebe wurde die Arbeit nicht unterbrochen, da diese sonst erst nach Monaten wieder aufgenommen werden könnte. Es arbeiten 50 Personen.

Hier sollte doch das Arbeitsministerium sofort eingreifen. Aus allen vorstehenden Nachrichten gewinnen wir den Eindruck, daß zu einer so brutalen Maßnahme, wie diese umfassende Stilllegung von Betrieben es ist, nicht der mindeste Anlaß gegeben war. Darauf deutet auch der musterhaft ruhige Verlauf der Bewegung und die Bereitschaft der Arbeiter zur Berrichtung aller Koststandsarbeiten.

## Der Dollar — 117 1/2 Mark

Eine neue Welle in Devisen hat gestern an der Berliner Börse stattgefunden. Der Dollar stieg auf 117 1/2 Mark und mit ihm stiegen die Aktien fast aller Unternehmungen. An der Börse entwickelte sich ein Geschäft, wie es in diesem Umfang in Berlin überhaupt noch nicht erlebt wurde. Es vollzogen sich Kurssteigerungen von ungeheurem Umfang. Einzelne Papiere gewannen 300 und 400 Prozent! Fast kein Papier blieb von der Haufe unberührt. Auch auf der Produktienbörse war die Einwirkung des Steigens des Dollarkurses zu merken. Die Preise für Getreide zogen weiter an.

Das neuerliche Anziehen des Dollarkurses kann kaum anders erklärt werden, als durch das rapide Sinken des Vertrauens zur Finanzlage des Reiches. Dauern sollten die Ausgaben, wachsen seine Schulden, während nicht abzusehen ist, auf welche Weise die gewaltigen Mittel für den inneren und äußeren Bedarf des Reiches aufgebracht werden können. Die Spekulation ist deshalb rasch auf dem Posten. Jeder handelt nach dem in der kapitalistischen Wirtschaft selbstverständlichen Grundsatz, nur für sich allein zu sorgen. Und so münzt sich denn erneut das Elend des Reiches und der Massen um in klingendes Gold für jene Handvoll Besitzer, die mit seinem Schicksal spielen. Trostlos jammern sie weiter über die Unmöglichkeit neuer Lasten für die Besitzenden!

### Verleumderische Verdrehung eines Kanzlerwortes

Von zuständiger Stelle wird den P. P. N. geschrieben:

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt es fertig, den heutigen Ansturm des launischen Publikums an der Börse und das Sinken der deutschen Valuta mit einer Neuherung des Kanzlers in Zusammenhang zu bringen, die gelaunert haben soll, daß der Bankrott Deutschlands unvermeidlich sei.

In Wirklichkeit hat sich der Reichskanzler dahin ausgesprochen, daß dies eintreten würde, falls Deutschland gezwungen würde, auch weiterhin seine Reparationsleistungen mit Gold zu bezahlen. Damit hat der Reichskanzler lediglich eine von dem deutschen Volke, von allen Parteien und auch von den einschichtigen Wirtschaftspolitikern des Auslandes gebilligte Binsenwahrheit ausgesprochen. Die Aufgabe der deutschen Politik geht gerade dahin, die Reparationsleistungen statt in Gold durch Sachleistungen und Arbeit zu bezahlen, also gerade auf eine Abwendung des Bankrotts ist das eizrige Bemühen der Reichsregierung gerichtet. Es gehört ein hoher Grad von Demagogie und Strupelhaftigkeit dazu, eine Neuherung des Reichskanzlers, die dazu bestimmt war, das Ausland auf die verhängnisvollen Wirkungen der Goldzahlungen aufmerksam zu machen, so zu verdrehen, wie es in der „Deutschen Tageszeitung“ geschehen ist.

## Ein rechtssozialistisches Verwirrungsmanöver

Durch die rechtssozialistische Presse geht eine Notiz, in der behauptet wird,

„daß selbst einflußreiche Führer der U. S. P. D. von der Taktik, die der Parteivorstand in Götting einschlagen wollte, unterrichtet waren und sich mit dieser Taktik voll und ganz einverstanden erklärten“.

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der U. S. P. D. haben zu dieser Zeitungsmeldung Stellung genommen. Wir erklären, daß diese rechtssozialistische Behauptung eine frivole Erfindung ist.

Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



# Ein Nachspiel zum Marloh-Prozess

Wieder ein Freispruch

Ein kleines Nachspiel zu dem Prozess Marloh bildete die Anklage wegen Wechself, zur unerlaubten Entfernungs vom Deme, welche den früheren Leutnant Hoffmann, jetzigen Dr. rer. pol., und den früheren Leutnant Behmeyer, jetzigen Stud. med., gestern vor das Schöffengericht Berlin-Mitte führte. Als der Oberleutnant Marloh sich, wie bekannt, nach längerem Sträuben aufbringen des Antrates des Hauptmanns von Kessel zur Flucht entschlossen hatte, hat ihm der Angeklagte Hoffmann Geld verschafft, ihm die Eisenbahnfahrkarte besorgt und ihn zur Bahn begleitet. Behmeyer hat ihm einen falschen Koste-Ausweis und dazu gehörigen Kriegsanwärtensausweis besorgt. Beide Angeklagten gaben den Tatbestand zu. Hoffmann erklärte, daß Marloh mit seinen Nerven damals sehr herunter war und die Gefahr bestand, daß er eine Host nicht überleben würde, und daß im Anschluß an einen Marloh-Prozess Unruhen entstehen würden. (??) Zur Vermeidung solcher, sei man in Kreisen seiner Vorgesetzten der Meinung gewesen, daß ein Marloh-Prozess zu jener Zeit nicht stattfinden dürfe — eine Ansicht, der auch der damalige Staatsanwalt, jetzige Reichskommissar für öffentliche Ordnung, Dr. Weismann, Ausdruck gegeben haben soll.

Der Anwalt beantragte gegen die Angeklagten je drei Monate Festungshaft, das heißt, dieselbe Strafe, die seinerzeit Marloh wegen der unerlaubten Entfernung erlitten hat. Rechtsanwalt Dr. Mosberg hielt dagegen die Freisprechung für geboten. Nach dem Gesetz über die Straffreiheit sollen solche Straftaten strafflos bleiben, die das Ziel haben, politischen Umwälzungen entgegenzutreten. Das sei hier der Fall. Die Angeklagten haben lediglich aus politischen Motiven gehandelt. Im Kessel-Prozess sei von Zeugen beschworen worden, daß der damalige Polizeipräsident Ernst auf dem Standpunkt gestanden habe, daß ein Prozess Marloh vermieden werden müsse, und daß auch Staatsanwalt Dr. Weismann sich geäußert habe: Marloh müsse verschwinden. Die Angeklagten hätten also nicht aus eigener Initiative gehandelt, sondern nach einem Wunsch der Vorgesetzten, den sie als einen militärischen Befehl ansehen konnten. Das Schöffengericht folgte diesen Ausführungen und sprach beide Angeklagten frei.

Nachdem ein Marloh wegen Erschießung der 29 Matrosen zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist (1 Mark 3 Pfennig pro Nord), nachdem ein Kessel ein Gericht fand, das auf Freispruch erkannte, ist es nur logisch, wenn Hoffmann und Behmeyer ebenfalls straffrei ausgehen. Die Wege der deutschen Justiz sind gerade und offen. Es ist nur selten ein Widerspruch in der Art festzustellen, wie Mörder und andere Verbrecher durch deutsche Gerichte behandelt werden. Mörder und Verbrecher, die nach links „arbeiten“.

# Die Deutsche Volkspartei in Braunschweig

Uebereinstimmung mit den Deutschnationalen

In einer Sitzung des Landesvorstandes der Deutschen Volkspartei in Braunschweig suchte der Landesvorsitzende Kaeser die Zustimmung der Partei zu der von den Rechtssozialisten in Aussicht gestellten Koalition nach. Der Redner erklärte besonders für Braunschweig diese Koalition als eine politische Notwendigkeit. Es könne davon aber nur die Rede sein unter Einbeziehung des sogenannten „Landeswählerbundes“, der auch die Deutschnationalen umfaßt. Um eine Zersplitterung des Bürgerstimmens zu vermeiden, müsse dieser Landeswählerbund unter allen Umständen erhalten bleiben. Es bestehe alle Aussicht, daß der Verband der Koalition zustimme, er sei durchaus nicht so reaktionär, wie er immer verschrien wird. Ueber einzelne Außenleiter müsse man hinweggehen. Von der Koalition wäre ein Aufbau des Klassenkampfes und eine Beförderung sozialdemokratischer Sitten zu erwarten, ebenso „Zurückdrängung extremer Wünsche und Absichten“. Die Versammlung hat schließlich der Zusammenarbeit der Volkspartei mit den Rechtssozialisten und der Einbeziehung der Deutschnationalen einmütig zugestimmt.

Der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition ist übrigens in Braunschweig schon seit geraumer Zeit von rechtssozialistischen Kreisen, unter Führung des Abg. Jasper (S. P. D.), vorgearbeitet worden. Die „Front von Kaeser bis Jasper“, behutsam Auskultation der vorherrschenden unabhängigen Sozialdemokraten, wurde so schon lange zum politischen Schlagwort.

# Eins ist Sieben

Hoffmann und Däumig wird geworden

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei hatte sich während der Sommerferien in sechs Teile gespalten. Inzwischen hat der Läuterungsprozess neue Fortschritte gemacht. Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergebunden zählte, ist mit Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angeschlossen hatte, wild geworden; beide sind gestern aus der Reichstagsfraktion der V. K. P. D. ausgetreten. Es ergibt sich nunmehr folgende Zusammenstellung:

- 1. Die Moskauer: a) die Unentwegten: Kemmele, Fröhlich; b) die Abgefallenen: Stoeder, Höllein, Koenen.
- 2. Die Leviten: Levi, Malzahn.
- 3. Die Ausgeworfenen: Reich, Düwell, Geyer jr.
- 4. Die Ausgetretenen: H. Teuber, Marie Wadwig.
- 5. Die Untergebunden: Zetkin, Plettner, Caardt, Braß, Bary, Heidemann.
- 6. Die schwankenden Gestalten: Dr. Herzfeld, Geyer sen., Berthele, Eichhorn, Thomas, Fries.
- 7. Die Wildgewordenen: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

Neue Veränderungen im Bestand der vereinigten kommunistischen Fraktion werden wir laufend registrieren.

# Banldirektoren als Arbeitnehmer

Eine Entscheidung des Landesfinanzamtes

Die Schwererdiener betreiben ihre Steuerhinterziehung mit allen Mitteln. Eine Berliner Großbank hatte bei ihren Direktoren der Hauptgesellschaft, der Filialen und Tochtergesellschaften für 1920 und 1921 keinen Steuerabzug von deren Bezügen vorgenommen. Das zuständige Finanzamt hatte daraufhin die Bank aufgefordert, den Lohnabzug nachzuholen. Die Bank legte Bescheid dagegen beim Landesfinanzamt Groß-Berlin ein mit der Begründung, daß die in Frage kommenden Direktoren und Geschäftsführer als Arbeitgeber anzusehen seien.

Das Landesfinanzamt hat die Beschwerde kostenpflichtig zurückgewiesen. Unerheblich sei, führt das Landesfinanzamt aus, daß der Vorstand neben Aufsichtsrat und Generalversammlung als gesetzlicher Vertreter anzusehen ist. Die Vorstandsmitglieder, also

die Direktoren und Geschäftsführer der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung gehören zu dem im Dienst der Gesellschaft angestellten Personal. Sie erhalten ihre Bezüge für geleistete Dienste. Somit unterliegen die Gehälter, Tantiemen und sonstigen Bezüge dieser Personen dem Lohnabzugsverfahren.

Diese Entscheidung ist endgültig und ein weiteres Rechtsmittel dagegen ist nicht mehr gegeben. Nach dem Wortlaut des Gesetzes konnte übrigens über die Frage, ob die Bestimmungen über den Lohnabzug auf die Bezüge dieser Arbeitnehmer anzuwenden seien oder nicht, gar kein Zweifel sein. Dazu kommt, daß ein Erlaß des Reichsfinanzministers vom 31. August 1920 auf eine entsprechende Anfrage des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes in Berlin sich bereits im gleichen Sinne wie das Landesfinanzamt über die Steuerabzugspflicht bei den Banldirektoren ausgesprochen hatte.

Das alles war den hier in Betracht kommenden Herren sicher bekannt, und der ganze Vorfall stellt sich deswegen dar als ein weiteres Merkmal für die mit äußerstem Raffinement durch-

# Öffentliche Wähler-Versammlungen

Dienstag, den 27. September, abends 7 Uhr

Charlottenburg: Schulaula, Sybelstraße 20-21

Referent: Gen. Löwenstein

Friedenau: Rathaus, Bürgeraal

Referent: Gen. Schünning

Nationalhof: Wilmstraße 37

Referent: Gen. Dr. Breitscheid

Mittwoch, den 28. September, abends 7 Uhr

Oberschöneweide: Schulaula, Frischenstraße

Referent: Genossin Seger

Hohenschönhausen: Schulaula, Rödorsstraße

Wrig: bei Weder, Chausseestraße 97

Referent: Gen. Herr. Kadzke

Schulaula: Sonnburger Straße 20

Referent: Gen. Stadtrat Rosin

Schulaula: Danziger Straße

Referent: Gen. Bruno Krause

Schulaula: Blütlicher Straße 47-48

Referent: Gen. Fiediger

Donnerstag, den 29. September, abends 7 Uhr

Wütners Festale: Schwedter Straße 23

Referent: Gen. Dr. Moses

Rosenthal: Restaurant Schröder, Hauptstraße

Referent: Gen. Bürgermeister Peib

geführte Steuerdrückberger der besitzenden Schichten. Das haben sie nicht erwartet, daß sie einmal die ganze Härte der direkten Besteuerung des Einkommens durch das Abzugsverfahren am eigenen Leibe spüren würden. Vielleicht hätten sich diese Kreise sonst nicht so arg für den Lohnabzug begeistert.

# Berichtigungen

Der „Vorwärts“-Redakteur Kuitner sendet uns folgende Berichtigung: In Nr. 449 der „Freiheit“ behauptet ein Artikel Rudolf Breitscheids, daß für die „Vorwärts“-Redakteure ein Verbot vorgelegen habe, vor der Rückkehr des Chefredakteurs Stamper aus Görlitz an der tatsächlichen Stellungnahme der Partei Kritik zu üben. Das ist unrichtig. Ein solches Verbot hat nicht bestanden. Richtig ist, daß bei der Abreise des Chefredakteurs nach Görlitz zwischen diesem und den zurückbleibenden Redakteuren eine durchaus kollegiale Verabredung über die Art der Redaktionsführung während seiner Abwesenheit getroffen wurde.

Kuitner war in dem Artikel des Genossen Breitscheid überhaupt nicht genannt. Trotzdem nehmen wir keine Berichtigung an, nach der es also auf eine „kollegiale Verabredung“ zurückzuführen ist, daß er seine Kritik an dem Görlitzer Beschluß nicht im „Vorwärts“ unterbringen konnte, sondern die Gastfreundschaft der Heilmannschen Korrespondenz in Anspruch nehmen mußte.

Der „Vorwärts“ bezeichnet im übrigen das, was Genosse Breitscheid über Besprechungen und Verabredungen mit der Deutschen Volkspartei gesagt hat, als „Gruselgeschichten“ und findet es bedauerlich, daß ein Mann wie Breitscheid solchen Klatsch, den ihm irgendein Intrigant ausgedenkt habe, vortrage.

Will der „Vorwärts“ etwa bestreiten, daß in der Zeit vor dem Görlitzer Parteitag Besprechungen und Verabredungen zwischen Führern der Rechtssozialisten und Führern der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben? Und will er weiter bestreiten, daß der Reichspräsident Ebert bei der Vorbereitung des Görlitzer Beschlusses eine bedeutame Rolle gespielt hat?

# Eine sonderbare Neuerung

In den Gebäuden des ehemaligen Kriegsministeriums sind seit 1. April 1921 die Abteilungen verschiedener Ministerien untergebracht. Es handelt sich außer dem Verwaltungsamt des Reichswehrministeriums um reine Zivilbehörden, die eine gemeinsame Fernsprechvermittlung benutzen. Die Zentrale unterstand bisher dem Reichshauptministerium. Durch eine Verfügung des Ministerialrates Müller ist nun am 7. Juli die Fernsprechvermittlung dem Reichswehrministerium übertragen worden; die Zentrale wird jetzt militärisch verwaltet. Anstelle der bisherigen Zivilangestellten treten Reichswehrangehörige, den alten Angestellten droht die Entlassung.

Die Neuerung soll angeblich aus Sparmaßregeln vorgekommen worden sein. Tatsächlich sind aber ebensoviel Reichswehrangehörige zur Vermittlung notwendig, wie Zivilangestellte. Gespart kann durch diese Neuerung also nicht werden, die Sache kommt höchstens teurer. Aus welchen Gründen mag nun wohl die Neuerung getroffen worden sein? Der Vermittlung sind im ganzen acht Zivilbehörden angeschlossen, die neunte Behörde ist das Verwaltungsamt des Reichswehrministeriums. Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Vermittlung der Reichswehr deshalb übertragen worden ist, um die Zivilbehörden zu bespötheln. Außerdem: wie verhält sich die Neuerung mit der Behauptung, das 100 000-Mann-Heer sei zu klein, es könne seine Aufgabe nicht erfüllen? Sind Soldaten überflüssig, daß man gezwungen ist, sie Zivilarbeiten verrichten zu lassen? Dann soll man ihnen gleich den Rod ausziehen und den militärischen Charakter nehmen. Oder sollen am Ende gar auch im früheren Kriegsministerium „Traditionen“ gepflegt werden?

Neues Zeitungsverbot. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ist die Sonderausgabe deutsch-nationale Zeitung „Der Deutsche“ auf 14 Tage verboten worden.

# Zur Lage in Westungarn

Der Kampf um die Durchführung des Friedensvertrags von Trianon geht weiter. Trotz des Ultimatus der Bolschewikerkonferenz dauern die Einfälle der ungarischen Banden in deutsch-österreichisches Gebiet an. Die von der Entente-Kommission geschaffene neutrale Zone, die für die Banden gesperrt sein sollte, ist von den Banden besetzt. Bei neuerlichen Kämpfen sind zwei österreichische Wehrmänner gefallen. Es verstärkt sich immer mehr der Eindruck, daß die Budapest Regierung keine Macht hat über die Führer der Banden, die Heijas, Okenburg und Friedrich. Nur so ist die Antwort zu erklären, die die ungarische Regierung auf die erste Entente-Note nach Paris gesandt hat. Darin gibt sie unumwunden zu, daß sie Westungarn unter den jetzigen Verhältnissen aus Gründen der inneren Politik nicht herausgeben könne. Bezeichnenderweise hat die ungarische Regierung auch ihr Gesuch um Aufnahme in den Völkerverbund zurückgezogen. Sie bezeugt sich selbst damit, daß ihre Politik mit den Grundsätzen internationalen Rechts nichts zu tun hat.

Aber die Machthaber in Budapest lassen auch noch andere Mienen springen. Sie haben mit der Wiener Regierung verhandelt über gewisse Abänderungen des Friedensvertrages, zwar nicht direkt, aber durch die Vermittlung des tschechoslowakischen Ministers des Aeußern, Dr. Benesch. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die Stadt Oedenburg, die bei Ungarn verbleiben soll. Am Sonnabend trafen sich in Hainburg der deutsch-österreichische Bundeskanzler Schober und Dr. Benesch. Obwohl über die Zusammenkunft nur ein ganz inhaltsloser amtlicher Bericht veröffentlicht wurde, ist es doch als selbstverständlich anzunehmen, daß zwischen den beiden Staatsmännern über die neuen Vorschläge der ungarischen Regierung beraten wurde. Am gestrigen Montag trafen in Brünn der ungarische Minister des Aeußern, Graf Bauffin, mit dem tschechoslowakischen Außenminister, Dr. Benesch, zusammen. Wie das tschechoslowakische Pressebureau meldet, wurde in der Zusammenkunft vereinbart, zunächst die alliierten Großmächte über die Lage zu unterrichten. Aus dieser bürokratischen Berichterstattung ist natürlich nichts zu entnehmen. Die Regierungen in Paris, London und Rom dürften nach den vielen österreichischen und ungarischen Noten und den Berichten ihrer Kommissare wohl über die Lage unterrichtet sein.

Man wird die weiteren Verhandlungen und vor allem den Ablauf des Ultimatus der Bolschewikerkonferenz abwarten müssen, um zu erkennen, ob die Entente tatsächlich gewillt ist, gegenüber Horthy-Ungarn in der Einhaltung des Friedensvertrages dieselbe Energie anzuwenden wie gegen Deutsch-Österreich und Deutschland. Nach ihrem bisherigen Verhalten im westungarischen Konflikt ist man zu begründeten Zweifeln berechtigt.

Eine ganze Stadt unter dem Hammer. Es dürfte sich bisher wohl noch nicht ereignet haben, daß eine ganze Stadt unter den englischen Stadt Reigate, in der Nähe von London, Wirklichkeit. Eine der größten Londoner Bekleidungsfirmen wird während dreier Tage die gesamte Stadt zur Bekleidung bringen, so das Rathaus, Hotels, Banken, zahlreiche Läden, Garagen, Kinos, Wohn- und Landhäuser, endlich unbenutzte Grundstücke, so daß man tatsächlich von der Verhaftung einer ganzen Stadt sprechen kann.

Ausperrung in der Textilindustrie. Nachdem am 20. September in Gera (Kreis Reichenbach) und Neßlau insgesamt etwa 500 Färbereiarbeiter in den Ausstand getreten sind, hat die Arbeitsgemeinschaft der Webereien und Färbereien nunmehr einstimmig beschlossen, am Donnerstag, den 29. September, die Webereiarbeiter auszusperren, wenn bis Mittwoch früh die Färbereiarbeiter die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Von der Aussperrung würden etwa 12-13 000 Webereiarbeiter betroffen werden. Im Geraer Bezirk sind außerdem die in der Teppich- und Filzindustrie beschäftigten Arbeiter in den Ausstand getreten.

# Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nummer 38 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Der Schutz der Republik von Rud. Breitscheid; Wie der Parlamentarische Untersuchungs-Ausschuss genasföhrt wird von Richard Grelling; Die Demokratisierung Deutschlands und die baltischen Länder von Karl Wilt; Der kommunistische Parteitag von Hans Bloß; Zur Soziologie der Religion von Paul Krusche. „Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W. 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

Ausschneiden!

Druckfache  
Sind die  
Hauptredaktion der „Freiheit“  
Berlin C 2  
Breite Straße 8-9



# Ganz besonders billiges Angebot

## Gardinen

5<sup>75</sup> 9<sup>50</sup> 14<sup>00</sup>  
 Meter  
**Allover-Net**  
 14<sup>50</sup> 16<sup>50</sup> 19<sup>50</sup>  
 Meter  
**Halb-Stores**  
 mit Volant  
 52<sup>00</sup> 68<sup>00</sup> 85<sup>00</sup>  
**Künstlergarnituren**  
 3-fellig  
 68<sup>00</sup> 95<sup>00</sup> 142<sup>00</sup>  
**Bettdecken**  
 einseitig  
 55<sup>00</sup> 75<sup>00</sup> 98<sup>00</sup>  
 128<sup>00</sup> 145<sup>00</sup> 185<sup>00</sup>  
 zwei-seitig

## Teppiche und Läufer

**Prima Velours**  
 ca. 170x240 895<sup>00</sup> ca. 200x300 1375<sup>00</sup> ca. 250x350 1975<sup>00</sup>  
**Extra prima Velours**  
 ca. 170x240 1100<sup>00</sup> ca. 200x300 1675<sup>00</sup> ca. 250x350 2600<sup>00</sup>  
**Passende Vorlagen und Brücken**  
 ca. 60x120 175<sup>00</sup> ca. 65x130 245<sup>00</sup>  
**Teppiche Deutscher Wollperser Brücken**  
 ca. 206x300 ca. 250x350 ca. 300x400 ca. 60x120 ca. 90x180 ca. 125x225  
 1500<sup>00</sup> 2250<sup>00</sup> 3000<sup>00</sup> 150<sup>00</sup> 380<sup>00</sup> 800<sup>00</sup>  
**Läufer** 67 cm breit, doppelseitig, schwere Qualität.....Pflaster 38<sup>00</sup> 90 cm breit, Meter 52<sup>00</sup>  
**Linoleum-Läufer**  
 67 cm br., Meter 59<sup>00</sup> 90 cm br., Meter 80<sup>00</sup> 110 cm br., Meter 100<sup>00</sup> 200 cm br., Meter 170<sup>00</sup>

## Decken

**Tischdecken** Koralleiten, bekarbeit  
 56<sup>00</sup> 85<sup>00</sup> 125<sup>00</sup>  
**Gewebte Tischdecken**  
 98<sup>00</sup> 120<sup>00</sup> 145<sup>00</sup>  
**Diwanddecken** doppelseitig  
 138<sup>00</sup> 165<sup>00</sup> 225<sup>00</sup>  
**Gobelin-Diwanddecken**  
 285<sup>00</sup> 340<sup>00</sup> 450<sup>00</sup>  
**Mokelle-Diwanddecken**  
 690<sup>00</sup> 950<sup>00</sup> 1450<sup>00</sup>  
**Diwan-Rückwand** mit Franz.  
 98<sup>00</sup> 135<sup>00</sup> 175<sup>00</sup>

## Ruhebetten

**Truhenbett** D. R. G. M. Nr. 755 263, 195<sup>00</sup> 215<sup>00</sup>  
 stark gebaut, als Truhe und Bettstelle verwendbar...  
**Truhenbett** D. R. G. M. Nr. 755 263, mit Bettenbehälter, als Truhe und Bettstelle verwendbar..... 475<sup>00</sup>  
**Ruhebetten** bunt, mit Rollen, prima Verarbeitung..... 425<sup>00</sup> 265<sup>00</sup>  
**Kinder-Bettstell** weiss lackiert, 70 x 140, mit Stahlzugfeder-Matratze, von beiden Seiten abschlagbar 315<sup>00</sup> 325<sup>00</sup>  
**Bettstellen** Größe 90 x 190, mit Stahlzugfeder-Matratze, Bügelarm, stark gebaut, schwarz oder weiss lackiert 275<sup>00</sup>  
**Matratzen in grosser Auswahl** von einfachster bis zu bester Ausführung

# HERMANN TIETZ

## HANDARBEITS-AUSSTELLUNG

in unseren drei Häusern

### Theater und Vergnügungen

#### Volksbühne

7 1/2 Uhr:  
**Die lange Zule**

#### Neues Volkstheater

Königsplatz Str. 48.  
 7 1/2 Uhr:  
**Der Schrei nach Ruhe**

#### Wagner-Theater

Täglich 7.30 Uhr:  
**Nixchen**

#### Königgräber Str.:

7.30 Uhr: Die  
**Fahrt ins Blaue**  
 (Schäfer, Richard, Engel, Weipmann, Giese, Siller)  
 11 Uhr: Die Fahrt ins Blaue  
 Sonntag: Satans Masche  
 Wie dem Feuer spielen  
 (Schäfer, Riemann, Siller)  
 Freit.: Die Fahrt ins Blaue

#### Romödienhaus:

Täglich 8 Uhr:  
**Max Pallenberg**  
**Hans Waßmann**  
 Im neuen Park-Theater-Schwank  
**Jonnys**  
**Busenfreund**

#### Berliner Theater:

Täglich 7.30 Uhr:  
**Prinzessin**  
**Olala**  
 von Grenauer und Schöner  
 Musik von  
**Jean Gilbert**  
 Hauptdarsteller:  
**Fridi Rafferty a. G.**  
**Ralph Arthur Roberts**  
**Pepi Zampa, Herbert Riper**

#### Staatstheater.

Opernhaus  
 Aus Anlaß der Rheinischen Kulturwoche:  
 Zum 50. Male:  
 7 1/2 Uhr: **Manu Dife**  
 Schauspielhaus  
 7 1/2 Uhr: **Zorgato Tasso**  
 Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater**  
 7 1/2 Uhr: **Kann**  
**Kammerpiele**  
 7 1/2 Uhr: **Die Jungfer**  
 vom Wilschberg  
**Großes Schauspielhaus**  
 7 Uhr: **Die Hühner**  
 (im Abonnement)  
 7 1/2 Uhr: **Reizend-Theater**  
 Olga Limburg, Kaiser-Titz  
 in **Der König** (Le roi)  
**Trianon-Theater**  
 8 Uhr: **Ida Wulf** in  
**Die große Leidenschaft**  
**Kleines Theater**  
 8 Uhr: **Carola Tschöke** in  
**Frl. Josette — meine Frau**  
**Walhalla-Theater**  
 7.30 Uhr:  
**Die schöne Helena**  
**Theater**  
**am Hollendorplatz**  
 8 Uhr:  
**Der Vetter aus Dingsda**  
**Theater a. Kottbus. Tor**  
 Tel.: Moritzplatz 16077  
 Täglich 7 1/2 Uhr und  
 Sonntag nachm. 3.11.  
**Bildungs-Konzert**  
**Elite-Sänger**  
 8.00, 11-1 1/2 u. 4-6

### Komische Oper

7 1/2 Uhr Die 7 1/2 Uhr  
**Strohwitze**  
 Operette von Leo Blech

#### Rose-Theater

8 Uhr:  
**Die Bürgermeisterwahl**  
**Casino-Theater** 7 1/2  
**Erzellenz Mare**  
 Sonntag 3 1/2: **Mittelfahrt**

#### Apollotheater

8 Uhr: 11 Uhr:  
 Friedrichstraße 218  
**Internationales**  
**Variété-Programm**  
**Auslands-Sensationen**

#### 11 Schlager

Behrenstraße 64.  
 8 Uhr:  
**11 Schlager**



### Kaffee Zielka

Friedrichstr. 50/52,  
 Ecke Leipziger Straße  
 Täglich 4 1/2 Uhr  
**Eintritt 4 1/2 frei!**  
**Neue**  
**Nachmittags-**  
**Unterhaltungen**  
 originelle  
**Tanzvorführungen,**  
**hoitere Vorträge,**  
**Gr. Orchester-Konzert**  
 Abends 7 1/2 Uhr  
**Gr. lustiges Programm**

### Großes Schauspielhaus

Schluß  
 des Abonnementsverkaufes  
 für die Spielzeit 1921/22, **Sonnabend, d. 8. Oktober**  
**6 verschiedene Vorstellungen**  
 Die Preise der Plätze für jede Vorstellung betragen

An der Tageskasse	im Abonnement
Mk. 60.—	Parkettlogen..... Mk. 20.—
45.—	Parkettring..... 15.—
50.—	Ringlogen..... 20.—
30.—	Balkon..... 12.—
25.—	1. Ring..... 9.—
20.—	2. Ring..... 6.—
10.—	3. Ring..... 3.—

### Alhambra

am Moritzplatz  
 (früher Bogenhofen)  
**Letzte Woche!**  
**Otto Reutter**  
 8 Uhr

### CIRCUS BUSCH

Epl. 7 1/2 u. 9 u. 11.  
**Denkende**  
**Kakadus**  
 ein Tierwunder!  
 „Im Reiche des Porzellans“  
 Volk. Werth u. Erwerb.  
 Wilder, Kunsthilfer, Wand-  
 schmuck mit und ohne Rahmen  
 lauft man in der Hauptausstellung  
 „Freiheit“, Breite Straße 89.



## Henko

Henkel's Wasch-  
 Bleich-Soda  
 unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit  
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zwei mal** täglich erscheinenden Zeitung

**„Freiheit“**

Berliner Organ der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

mit der wöchentlich einmal erscheinenden

Illustrierten Unterhaltungsbeilage **„Freie Welt“**

zum Preise von **Mk. 12.— monatlich, Mk. 6.— halbmönatlich,**

bei freier Zustellung ins Haus

Name: \_\_\_\_\_

Str.: \_\_\_\_\_

(Namen deutlich schreiben, Briefe genau anstellen: von, auf, Off., Durchg.)

Diesem Vorkaufsschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin E2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

### Circus Taraselli

Bahnhof Friedrichstr.  
 Heute 4 u. 8 U.  
**Vorstellung**  
**Achtung!**  
 Händler und Wiederverkäufer!  
 Routinen und Vereine!  
 Tafel-Schokolade, 100, 50,  
 u. 25 g, Pfeffer, Silberweizen,  
 Marzipan-Stangen, direkt  
 ab Fabrik. G. Freund & Co.,  
 21 37, Schwebler Str. 258  
 (Nähe Schönhauser Tor).

### Deutsche Automobil-Ausstellung

Berlin 1921  
 Ausstellungs-  
 Halle  
 Kaiserdamm  
 23. Sept.-2. Oct.

### Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Dienstag, den 27. September, abends 5 1/2 Uhr

## Außerordentliche Generalversammlung

im kl. Saal der „Neuen Welt“, Hafensheide 108-114

Tagesordnung: Berichterstattung über die Verhandlungen der Tarif-Ausschussung.

Zu dieser Versammlung sind die Delegierten, Vertrauensleute und Trudereilaffierer eingeladen.  
 Ohne Legitimationskarte kein Zutritt.

Der Vorstand

### Tüchtige Verkäuferinnen

für  
**Kleiderstoffe**  
**Leinen- und**  
**Baumwollwaren**  
**sofort gesucht**

Meldungen: 12-2 Uhr mittags  
 5-6 Uhr abends

## A. Jandorf & Co.

Kottbuser Damm 1

Genossen werbt für unser Blatt.



# Demaskierung des Bürgerblocks

## Das Programm zu den Stadtverordnetenwahlen

Der Bürgerrat von Groß-Berlin läßt durch die volksparteiliche Kommunalkorrespondenz sein Programm verbreiten. Es ist sicher, daß die bürgerlichen Parteien sich beeilen werden, zu erklären, daß dieses auch ihr Programm ist, denn sonst müßten sie fürchten, daß ihnen die Geldquellen der im Bürgerrat vereinigten Reaktionen von Groß-Berlin verschlossen bleiben.

Wir geben aus diesem Programm nachstehend einige Proben. Daran muß die Arbeiterschaft erkennen, was bei den bevorstehenden Wahlen auf dem Spiele steht. Bescheiden sind sie nicht in ihren Forderungen, sie verlangen unter anderem Folgendes:

Hinweg mit allen direkten und indirekten Kommunalisierungsexperimenten, hinweg mit allen Plänen, die darauf hinzielen, eigenwirtschaftliche Betriebe wie z. B. Baubetriebe, Fleischerereien, Bäckereien, Lebensmittelhandel, Bekleidungsindustrie in die Gemeinwirtschaft zu überführen und Abbau aller bestehenden gemeinwirtschaftlichen Betriebe. Beseitigung aller künstlichen Hemmnisse der eigenwirtschaftlichen Betätigung von Handel, Gewerbe und Industrie.

Also freie Bahn den Profitgeiern, hemmungslose Auswucherung der städtischen Bevölkerung ist ihr Ziel. Mit dieser Forderung kommen sie in dem Moment, wo selbst das preußische Wohlfahrtsministerium den Gemeinden empfehlen muß, städtische Verkaufsstellen einzurichten, um dem Preiswucher der privaten Händler einen Damm entgegenzusetzen.

Wiederherstellung einer geordneten Finanzwirtschaft und äußerste Sparsamkeit der Gemeinde.

Diese Wiederherstellung würde sich erübrigen, wenn das Bürgertum während seiner Herrschaft in der Kommune eine vernünftige Finanzwirtschaft geführt hätte, dann wäre die traurige Finanzlage in der Gemeinde nicht vorhanden.

Entschiedener Kampf gegen jeden Versuch, durch leichtfertige und gewissenlose Arbeitseinstellung lebenswichtige Betriebe, wie Straßenbahnen, Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Krankenhäuser zu ruinieren. Säuberung der städtischen Verwaltung von allen unfähigen Elementen und Nichtstuern.

Kampf gegen das Streikrecht hat immer zu der Parodie des Bürgertums gehört. Das beste Mittel, Streiks zu verhindern, ist a u s l ö s u n g d e r s t ä d t i s c h e n A n g e s t e l l t e n u n d B e a m t e n.

Säuberung der städtischen Verwaltung von allen reaktionären Beamten halten wir im Interesse einer ungestörten planmäßigen Aufbaubarbeit für unbedingt notwendig.

Sicherung der städtischen Selbstverwaltung gegen zerstörende Einflüsse von außen und innen.

Ausgerechnet das Bürgertum verlangt die Sicherung der städtischen Selbstverwaltung, die sie selbst dauernd verhindert hat. Sie waren es, die die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung als ihren Erfolg mit Stolz verkündeten, sie haben die Arbeitsfähigkeit der Bezirksversammlungen dauernd und systematisch gestört und damit die Selbstverwaltung sabotiert.

Besehung aller Verwaltungsstellen nur nach dem Grundsatz der Eignung zur Tätigkeit.

Der Grundsatz zur Eignung ist nach Ansicht des Bürgertums immer dann erfüllt, wenn Bureaukraten sich zu unbedingter Handlungsbereitschaft des Bürgertums hergeben. Dieser Grundsatz ist aber ihrer Ansicht nach nicht erfüllt, wenn Männer der Praxis als Vertreter der Arbeiter die Gemeindegeschäfte wahrnehmen.

Freie Bahn dem erwerbstätigen Bürgertum aller Schichten der Bevölkerung.

Die Berliner haben die Betätigung des Bürgertums in der Gemeinde Berlin noch in bester Erinnerung. Diese Tätigkeit hat solche Erfolge gezeitigt, daß die sozialistischen Vertreter in ihrer bisherigen Tätigkeit hauptsächlich damit zu tun haben, die Sünden des Bürgertums in der Gemeinde gutzumachen.

In ihren Forderungen erklären sie, auf dem Boden des Geleges Groß-Berlin arbeiten zu wollen, allerdings müssen die Einrichtungen der neuen Stadtgemeinde eine Nachprüfung und natürlich auch eine Reorganisation in ihrem Sinne erfahren. Den Vogel in ihren Forderungen schießen sie allerdings mit ihrem Schulprogramm ab. Darin verlangen sie:

Erziehung unserer Jugend zu Ordnung, Gehorsam, Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit und Glauben an die Zukunft unserer Volksgemeinschaft. Das Erziehungsziel muß sich entsprechend dem Willen der überwiegenen Mehrheit unserer Mitbürger gestalten. Die Schule darf aber nie Werkzeug einseitiger Parteinteressen werden. Bei der Erziehung müssen die Grundzüge christlich-deutscher Weltanschauung in Geltung bleiben.

Bescheiden sind sie wahrlich nicht, sie gehen aufs Ganze bei der Vertretung ihrer eigensüchtigen privatkapitalistischen Interessen. Dazu gehört natürlich vor allem, daß sie durch die Schule stets willige Ausbeutungsobjekte geliefert erhalten. Darum muß natürlich gerade bei der Schule jede freiheitliche Bewegung im Keime erstickt werden.

Die Arbeiterschaft weiß nun, worum der Kampf geht, sie muß alles daransetzen, den Kampf siegreich zu bestehen. Die Arbeiterschaft weiß aber auch, daß dieser Kampf nur von der U. S. P. D. energisch geführt wird, die allein, ohne jede Unterstützung, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung Berlins im Stadtparlament wahrnimmt. Darum alle Stimmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten am 16. Oktober für die U. S. P.

## Siedlungsgegner in Zehlendorf

Die öffentliche Meinung eines Baurats, „So lange er mit an der Spitze steht, entstehen in Zehlendorf keine Siedlungen“, sind bezeichnend für die Förderung des Siedlungswehens in Zehlendorf. Am Dahlemer Weg haben sich Arbeiter und kleine Beamten aus eigener Initiative, ohne jeden behördlichen Zusage, ein behagliches Heim geschaffen. Ihre Wohnungen in Berlin haben sie aufgegeben. Jetzt werden sie durch die Behörden dauernd schikaniert und mit Strafmandaten bedacht, weil sie einmal Abweichungen von ihren Bauplänen vorgenommen haben. Auf Grund des § 3 der Sonderpolizeiverordnung vom 30. Juli 1883 sollen die Siedler alles bestrafen. Dieses Verbot ist um so befremdlicher, als einige Siedler die volle Erlaubnis zum Bauen bekamen.

Der deutsche Siedlerbund hat sich bereits im Februar 1920 an die Behörde mit der Bitte gewandt, daß die Bebauungspläne usw. zur Einsicht ausgelegt werden sollen. Im Mai d. J. wurde auf wiederholte Anfrage erklärt, daß die Pläne fertig und schnellstens zur Auslegung gelangen. Seitdem ist nun wieder ein halbes Jahr vergangen, ohne daß die Pläne ausgelegt werden, folglich kann man eine tatsächliche Hintertreibung der Siedlungsbauten als beabsichtigt annehmen. Der Grund, daß man so gegen das Klein-siedlerwerk Front macht, scheint in einer Bemerkung eines ehemaligen Bürgermeisters von Zehlendorf zu finden sein. Dieser hat sich geäußert: „Er treibe alle Sozis barsuk aus Zehlendorf.“ Diese Worte scheinen in manchen Köpfen der Beamten noch nachzuwirken.

## Kommunalisierungsgegner vor Gericht

Vor dem Schöffengericht Tempelhof hatte sich gestern der Charlottenburger Stadtverordnete und ehemalige Reichstagsabgeordnete der Deutschen Wirtschaftspartei, Hermann Perl, unter der Anklage der Beseitigung der Reußbäcker städtischen Bekleidungsstelle, Obersekretär Gustav, zu verantworten. Der vom R. A. Dr. F. J. S. verteidigte Angeklagte war beschuldigt, im Juni v. J. öffentlich in einer Wahlversammlung des Bundes für Handel und Gewerbe, Reußbäcker, dem Leiter der städtischen Bekleidungsstelle den Vorwurf unredlicher Geschäftsführung und Bestechlichkeit gemacht zu haben. Er sollte erklärt haben: Er wisse nicht, ob

dieser Stadtsekretär nach seiner langen Beschäftigung bei der Bekleidungsstelle es heute noch nötig habe, weiter städtischer Beamter zu sein. Es verlautete damals, daß sämtliche Bekleidungsstellen der einzelnen Gemeinden Groß-Berlins zu einer großen Zentralgesellschaft mit dem Sitz in Groß-Berlin zusammengeschlossen werden sollten und daß in denjenigen Vororten, welche beratige Bekleidungsstellen noch nicht hatten, alsdann Filialen der großen Zentralgesellschaft errichtet werden sollten. Der Angeklagte und andere Mitglieder seiner Partei, welche ihr Augenmerk speziell auf die Bekämpfung der Kommunalisierung gerichtet hatten, sahen mit „Beforgnis“ auf diese Reußbäcker Kommunalisierungsbestrebungen.

Zu einer Vernehmung der zahlreichen Zeugen kam es nicht, da der Angeklagte eine Erklärung zu Protokoll ab, daß er Herrn Gustav nicht den Vorwurf der unredlichen Geschäftsführung und Bestechlichkeit gemacht habe und nicht machen wolle, auch keine Unterlagen dafür habe. — Der stellvertretende Bürgermeister von Reußbäcker, nahm hierauf den Strafantrag zurück.

Nicht immer gelingt es, die in diesem Falle vorgetragene Lügehaften Gerüchte über unredliche Geschäftsführung bei kommunalisierten Betrieben so zu widerlegen, weil es selten gelingt, die Urheber zu fassen. Den durch die Kommunalisierung bedrohten Profitgeiern gelingt es leider zu oft, durch ihre systematisch betriebene Hege auch unter Arbeitern Gläubige zu finden. Es ist darum wichtig, daß in allen Fällen die Verbreiter der Behauptungen festgestellt werden, um die Urheber zu belangen.

## Aus der Stadtverordnetenwahlbewegung

Der 17. Distrikt hatte für letzten Sonntag vormittags nach dem feierlichsten Bundesheim) eine Versammlung aller Laubkolonisten einberufen, die einen guten Erfolg brachte. Die Laubkolonisten waren zur Versammlung zahlreich erschienen.

Genosse Rosin als Referent verstand es, den Anwesenden klarzumachen, daß sie bei der kommenden Wahl ihre Stimme nur christlichen Sozialisten geben müssen. Dem Kommunisten Ostrowski, der als Disqualifikationsredner dreiviertel Stunden Angriffe auf die U. S. P. D. zum besten gab, gelang es mit seinen Ausfahrungen nicht, Anklang bei der Versammlung zu finden. Die Versammelten brachten zum Ausdruck, daß sie als Laubkolonisten wohl für positive sozialistische Arbeit in den Gemeinden, aber nicht für kommunistische Zerstörung und Spaltung zu haben seien. Im Schlußwort wurde Ostrowski vom Referenten Rosin in allen Punkten widerlegt.

Der reiche Beifall zeigte, daß die Laubkolonisten nicht gewillt sind, ihr Schicksal in die Hände von kommunistischen Wirtstypen zu legen, sondern die U. S. P. D. als die einzige Vertreterin ihrer Interessen betrachten.

Vertreter erweiterter Kolonien kamen, auch für sie auffällendst Versammlungen stattfinden zu lassen. Dem Wunsch soll entsprochen werden. Es ist für andere Distrikte zu empfehlen, in ähnlicher Weise für die Laubkolonisten Versammlungen abzuhalten.

## Wenn man unendlich schreibt . . .

Wir veröffentlichen kürzlich eine kleine Glosse, in der wir unterem Unmut darüber Ausdruck gaben, daß ein Beamter der Staatsanwaltschaft R i t t e die Dreifachheit befehlen hätte, ein amtliches Schriftstück als „Königlicher“ Assistent zu unterzeichnen. Das Dokument, das uns vorlag, war mit dem Namen S c h n e i d e r versehen, dem die Dienstbezeichnung „Kgl. Assistent“ beigefügt war. Ein ähnliches Schriftstück, zur Abwechslung von der Staatsanwaltschaft I, ging uns mit der nächsten Post, ein drittes heute morgen zu. Unter dem zweiten lasen wir wieder die ominösen Buchstaben „Kgl.“, das letzte aber hatte statt des „g“ ein mit fähigem Republikanismus hingebantes „m“ im Leib. Ganz deutlich K—z—l—Punkt. So: „Kgl. Assistent!“ Im deutsch nicht etwa Königlicher, sondern K a n z l e i - Assistent. Sollten am Ende auch die beiden anderen . . . ? Flugs wurde ein graphologisches Gutachten eingeholt, das feststellte, daß auch der pp. Schneider offenbar „m“ hatte schreiben wollen, daß es ihm aber nicht ganz gelungen ist. . . Wir nehmen den guten Willen für die Tat. Gleichzeitig bitten wir aber die Herren Kanzlei-Assistenten (Kgl.), in Zukunft etwas deutlicher zu schreiben. Es gibt in deutschen Landen schon sozial Königliche (Kgl.'s), daß diejenigen, die es nicht sind, auch den leibhaftig Ansehen vermeiden sollten, zu ihrer Sippe zu gehören.

Auf Abschnitt 11 der Groß-Berliner Lebensmittelliste entfallen 800 Gr. amerikanisches Weizenmehl zum Preise von 5,80 M. (7,25 Mark je Kilogramm). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom 28. September bis einschließl. 10. Oktober d. J. Kleinbäcker, die Mehl auf Vorrat verabsorgen, das nicht vom Magistrat Berlin geliefert werden ist, haben strafrechtliche Verfolgung zu gewärtigen.

# Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Nachdruck verboten.)

(78. Fortsetzung.)

Mit einer Kaltblütigkeit schickte Peter sie weg, wie wenn sie erst eine Stunde im Hause gewesen wäre und ihn nicht monatelang versorgt hätte. Die aufs höchste erbotene, geifernde Alte spie ihr Gift noch nach allen Seiten, grub alle alten Geschichten aus, von denen die junge Generation nichts wußte, und ging mit Drohungen aus dem Hause.

Nach ihr trohten die Mägde. Käthchen hatte sofort ein scharfes Regiment angefangen, das für die Mädchen nach dem zwar launischen, aber ziemlich laxen der alten Köchin völlig ungewohnt war. Käthchen fand auch den richtigen Ton nicht für ihre Diensthöfen; sie war hochfahrend, hart und herrschsüchtig, gab sich aber so manche Blöße, da es ihr an Erfahrung mangelte. Geschah nicht sofort alles, was angeordnet, kam die junge Frau, die sich in ihrer Ehre gekränkt fühlte, in solche Wut, daß sie nahe daran war, zuzuschlagen, und, ohne genau zu untersuchen, auch die guten Diensthöfen fortjagte. Die anderen gingen dann von selbst, und das frechste der Mädchen sagte ihr:

„Bei einer Frau, von der man nicht einmal weiß, ob sie ordentlich verheiratet ist oder nicht, und die eine solche Schwester in Frankfurt hat, bleibt kein ordentlicher Diensthöte.“

Als das Käthchen gesagt wurde, weinte sie den ganzen Abend und war außer sich, daß Peter auch noch darüber lachen konnte.

„Aber das berührt dich doch nicht?“ sagte er. „Du bist doch ein Mensch für dich? Was geht dich deine Schwester an?“

„Du wirst's auch noch so machen, du wirst mir Gretchen auch noch vorwerfen; ich seh' das alles kommen. Die Mutter sagte es auch.“

Bisher hatten beide nicht viel von der Mutter und nie von Gretchen gesprochen. Peter hatte von Anfang an Käthchen erklärt, daß sie, so oft sie Lust hätte, zu ihrer Mutter gehen könne, daß er sie aber nicht in seinem Hause wünsche.

„Gretchen? Das ist spåkhaft, was deine Mutter meint; nun, sie muß es ja wissen. Im übrigen ist kein Grund zum

Klagen da, ich kann dich nicht begreifen. Es gibt Diensthöten genug, wenn's die einen nicht sind, sind's die anderen!“

Aber wie es auch sein mochte, es merkten sich keine ordentlichen, oder die ordentlichen blieben nicht lange; vielleicht verstand es Käthchen auch wirklich nicht, die Leute zu behandeln; kurz, es ging zu wie in einem Laubenschlag und Käthchens Klagen nahmen kein Ende.

„Man sieht, daß du nie Diensthöten unter der Hand hattest,“ warf ihr Peter ärgerlich vor, „entweder du mußt sie regieren, oder du mußt selbst so mitarbeiten, daß sie merken, du verstehst etwas. Und beides scheint mit nicht der Fall zu sein. Es ist doch deine Sache, dich da zurechtzufinden, und nicht die meine. Das mußt du abmachen. Komme mir doch nicht immer mit Klagen! Du weißt doch, wie voll mir der Kopf ist! Jetzt habe ich die Geschichte mit der Wiesenbewässerung.“

Kurz, es gab die erste Szene, und Käthchen wurde immer aufgeregter und redete sich vom Herzen herunter, was sich die ganze Zeit aufgespeichert hatte. Peter stand verblüfft da und hörte zu, bis er unwillig und immer unwilliger wurde und mit den Fußspitzen den Boden kloppte. Was war das alles? Käthchen war der Heberei und Arbeit müde, sie hatte etwas ganz anderes erwartet?

Sie hatte gewartet und gewartet, ihren Mann bei sich und ganz für sich zu haben, sich ein feines und gemütliches Heim einzurichten, einmal müßte es ja kommen! Aber nein, die Heberei und Schinderei und Quälerei ging weiter und weiter. Er hatte ja keine Ruhe, es war ja, als triebe ihn ein inneres Feuer; alles andere ging vor; er dachte nicht an sie, und unterstützte sie nicht bei den Diensthöten; kein Wunder, daß sie sich keine Autorität verschaffen konnte, wenn es offenkundig war, daß sie ihm so wenig galt! Und dies Heim! Diese Einrichtung! Nichts, aber gar nichts Neues hatte er kommen lassen, und ihre Aussteuer, wo war denn die? Das waren wohl nur faule Ausreden gewesen! Er ließ sich nirgend sehen mit ihr, es sah gerade aus, als schäme er sich ihrer, kein Wunder, wenn sie zum Gespött der ganzen Gegend wurde! Von Toiletten und von allem, was er ihr „nach der Hochzeit“ versprochen, keine Spur. Nicht ein Mensch kam ins Haus; sie hatte keinen, mit dem sie reden konnte.

Peter war sprachlos. Er erkannte Käthchen nicht wieder. Oder hatte er eine andere in ihr gesehen? Hatte sie denn

je ein Wort verloren, einen Wunsch geäußert? Ihn gebeten, erinnert?

„Das mußt du eben wissen, das ist es eben, daß du da r a u nicht denkst! Ich werde mich hüten, etwas zu verlangen; ich habe doch nichts in die Ehe gebracht! Das sähe ja aus wie Bettelteil!“

Außer sich vor Wut, schrie Peter so, daß das ganze Haus dröhnte. Das war der alte Felsenbrunner, der sich da Luft machte. Für so kindisch und borniert hatte er Käthchen nicht gehalten. Sie konnte so klug aussehen, so verständlich reden und so gut zuhören. Wenigstens hatte sie es früher gekonnt. Oder waren am Ende alle Weiber so? Im Wirbel seines Lebens hatte er nie eine Frau länger an sich gebunden gehabt; sie war ihm stets eine flüchtige Genossin gewesen, und ihr innerstes Wesen war ihm fremd. Aber Käthchen glaubte er doch zu kennen, sie sollte ihm die gute, treue Genossin sein.

„Kauf dir doch, was du willst; du bist doch so vernünftig, zu wissen, wie weit du gehen kannst; ich habe keine Zeit, das mußt du doch einsehen! Du weißt, die Thomanns wollen Klagen; ich muß auf einen Prozeß gefaßt sein. Dies erste Jahr ist ein schweres Jahr für das Gut, die Wiesen und Heider waren vernachlässigt, die neuen Maschinen kosteten schweres Geld!“

Das reizte Käthchen aber erst recht. Wie wenn sie die Hände in den Schoß legte! Wie wenn sie nur ein Vergnügen, nur eine Freude, nur eine schöne Stunde gehabt hätte! Sie habe sich alles ganz anders vorgestellt! Zuletzt fing sie laut zu heulen an über den drohenden Prozeß und den geringen Ertrag des Gutes.

War denn alles wie verheert? Peter erinnerte sich genau, ihr das alles haarklein auseinandergesetzt, sie darauf vorbereitet zu haben. Sie hatte es doch selbstverständlich gefunden und keine großen Worte darüber gemacht, und jetzt, wo sie mitten drin saßte, schlug es ihr über dem Kopf zusammen.

Er sah sie von der Seite an. Sie war die nie, für die er sie genommen, sie mußte eine andere werden — oder — Käthchen war für ihn da, wie die anderen Dinge, wie das Haus, der Wald, die Acker — Dinge, die er hatte haben müssen. Aber, wenn es sein mußte, konnte man diese Dinge auch wieder von sich schieben.

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftliches

## Fabrikarbeiter zum Explosionsunglück in Oppau

In der am Sonntag, den 25. September 1921, tagenden außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter gedachte der Bevollmächtigte W. Reimann in warmen Worten der Opfer der Oppauer Explosionsunglücks. Er führte dazu aus, daß in den letzten Jahren die Frage des Arbeiterrechtes in der chemischen Industrie arg vernachlässigt worden ist. Für den Eingeweihten sei es geradezu entsetzlich, welchen Umfang die Gewerbetreibenden in der chemischen Industrie annehmen. Das Unglück von Oppau habe schlagartig den Weg gewiesen, daß es für die Gewerkschaft nicht nur gilt, Lohnforderungen zu erzielen, sondern lauter als je muß der Ruf erschallen:

### „Schutz für Leben und Gesundheit der chemischen Arbeiter.“

Das Nächste liegende ist, daß Arbeitervertreter in die Vorstände der Berufsgenossenschaften hinein müssen. Arbeiterleben dürfen nicht Objekt niedriger Profitgier sein und bleiben. Die Ortsverwaltung hat 10 000 M. aus lokalen Mitteln zur Unterstützung der Opfer zur Verfügung gestellt, obwohl sie weiß, daß keine Summe hoch genug ist, um den Schaden gutzumachen.

Zur eigentlichen Tagesordnung, Erhöhung der Beiträge, übergehend, erklärte der Redner, daß es angeht, daß es immer mehr wachsenden Widerstandes der Unternehmer gegen berechnete Lohnforderungen und der schweren Übergriffe in den Betrieben, die auf Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinführen, unbedingt notwendig ist, den Kampf um die Organisation zu stärken. Es sind in nächster Zeit schwere Kämpfe zu erwarten, die die Zahlstelle durchzuführen muß. Die erweiterte Verwaltung hat einstimmig beschlossen, der Generalversammlung eine Beitragserhöhung von 1 M. pro Woche und Mitglied ab 1. Oktober vorzuschlagen. Nach eingehender Debatte beschloß die Generalversammlung gegen wenige Stimmen den Beitrag für männliche Mitglieder ab 1. Oktober 1921 auf 5 M. und für Frauen auf 3 M. wöchentlich festzusetzen. Weibliche Mitglieder unter 17 Jahren zahlen die bisherigen Beiträge.

In Punkt 2 nahm die Generalversammlung Stellung zu den letzten Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie. Von der Generalversammlung wurde verlangt, daß sie zu den noch offenen Punkten, namentlich der Arbeitszeitverlängerung für die Betriebe, die an Sonnabenden weniger als 8 Stunden arbeiten, obwohl volle Zeit bezahlt wird, Stellung nehme. Die Verhandlungskommission hat den Arbeitgebern vorgeschlagen, eine einheitliche Regelung der Arbeitszeit in der chemischen Industrie in dem Sinne zu treffen, daß die wöchentliche Arbeitszeit einheitlich festgelegt wird, jedoch mühen bei der Regelung die einzelnen Unternehmer sowohl wie die einzelnen Arbeiter Opfer bringen. Nach kurzer Debatte stimmte die Generalversammlung einem Vorschlag des Bevollmächtigten Reimann einstimmig zu und beauftragte die Ortsverwaltung, auf der Grundlage dieses Vorschlags die Verhandlungen zu führen.

## Zum Streik der Holzarbeiter

Die Schatzkammer in der Holzindustrie mit ihrem unvergleichlichen Obermeister Paeth, haben nun große Mühe, ihre Leute bei der Stange zu halten, wofür auch das Unternehmersongan „Die Holzzeitung“ die Belege hierfür erbringt. Die impulsiven Tiraden, die dort ertönen, lassen nur zu deutlich den Rassenjammer dieser Gefolgsleute von Paeth erkennen. Daß diese Leute noch immer mit dem Schwindel haushieren gehen, daß nur wenige Unterschriften zur Unterzeichnung des Mantelvertrages geleistet wurden, ist zu albern, um ernst genommen zu werden, um so weniger, als hier des Öfteren die genaue Zahl der den Manteltarif unterfertigten Unternehmer angegeben und bedeutet wurde, daß diese Angaben seitens des Verbandes jederzeit und von jedermann im Bureau eingesehen werden kann.

Wenn der Möbelhändler Paeth mit den Holzindustriellen förmlich erklärt hat, so ist diese Liebesbezeugung nur eine plausible zu nennen, die angeht, daß die jetzigen eigenartigen Tarifverhältnisse als total verunglückt bezeichnet werden muß. Wollen diese Herren den Frieden, so sind die Arbeiter dazu bereit. Einem Diktat werden sich aber die Holzarbeiter niemals fügen.

## Zum Filmstreif

### Eine Verächtigung von — Streikbrechern

Der Betriebsrat der Union-Film-Alliengesehellschaft schickt uns eine Verächtigung, die folgendes belagt:

1. Die Zulage seitens der Direktion der „Union-Film-Alliengesehellschaft“, keine Maßregelung des Personals infolge des Streiks vorzunehmen, sofern die Arbeit bis zum Montag, den 19. September, früh, aufgenommen wird, ist restlos gehalten worden. Eine Maßregelung irgendeines Angestellten oder Arbeiters ist in keinem Falle erfolgt. 2. Sind die Betriebsbelegschaften nicht durch gefügige Kreaturen, sondern auf eigenen Wunsch wieder in die

Betriebe hineingegangen, nachdem edes „Für und Wider den Streik“ reiflich erwogen worden ist. Als Beweis für diese Tatsache dient wohl der Umstand, daß die Union-Film-Alliengesehellschaft mit ihrer gesamten Belegschaft von 100 Mann (ausgenommen 6 Streikende) die Arbeit wieder aufgenommen hat.

Der Obmann dieses famosen Betriebsrats, Schröder, Mitglied des gelben G. d. A., hat hinter dem Rücken der beauftragten Gewerkschaftsvertreter mit der Firma verhandelt und sich einleisen lassen. Ohne jeden Erfolg ist dieser Mann mit seinen Leuten, „ausgenommen 6 Streikende“, in den Betrieb zurückgegangen, während die Angehörigen bei den anderen Firmen Lohnserhöhungen erzielten. Wir gratulieren den 154 Mann, die mit diesem gelben Streikbrecher nach „reiflicher“ Erwägung wieder die Arbeit aufnehmen und nun wirtschaftlich als Geprüfte dastehen. Und dieser „Betriebsrat“, wie er nicht sein soll, obet uns noch mit Verächtigungen an. —

## Lohnbewegungen

### Fabrikportiers, Mischlutscher

Die Mischlutscher und Mischlutscher Berlins, die bisher einen Wochenlohn von 275 M. erhielten, bei einer Arbeitszeit von täglich 14—16 Stunden, stellten Lohnforderungen. Die Führer bewilligten die Forderungen, aber mit der Einschränkung, daß der Magistrat den Fuhrlohn erhöhen müßte. Die Verhandlungen dauerten die Beteiligten zu lange und so stellten sie letzten Mittwoch die Arbeit ein. Es wurde aber eine Vereinbarung erzielt, nach welcher in dieser Branche die 48stündige Wochenarbeitszeit festgelegt und eine Lohnserhöhung von 175 M. pro Woche erzielt wurde. Es liegt nun an die Kollegen, daß diese Vereinbarungen auch beachtet und eingehalten werden. Am Freitag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. — In einer Lohnbewegung stehen die in den Geschäften und Industriehäusern tätigen Hauswarte, Fabrikportiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter und Reinemachefrauen. In einer am 22. d. M. im Rosenhaller Hof abgehaltenen überfüllten Branchenversammlung erbat ein Mitglied der Tarifkommission den Bericht von den mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Einleitend hob er hervor, daß ein Manteltarifvertrag mit dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer abgeschlossen sei, der den Berufsangehörigen in sozialpolitischer Hinsicht in ihrem Arbeitsverhältnis eine rechtliche Grundlage schafft. Die weitergehende Forderung der Tarifkommission auf Abschluß eines Lohnabkommens ist von den Unternehmern mit dem Hinweis, daß eine Lohnaufbesserung nicht zeitgemäß sei, abgelehnt worden. Der von der Organisation angerufene Schlichtungsausschuß wird in den nächsten Tagen über die Forderungen zu entscheiden haben. Sollte derselbe den Hausangestellten nicht zu ihren Rechten verhelfen, dann wird es der Kollegschaft zur Pflicht gemacht, mit dem letzten Kampfmittel den Unternehmern zur Anerkennung der berechtigten Forderungen zu zwingen.

## Vorsicht bei der Auswanderung nach Nordamerika

Nachdem das nordamerikanische Einwanderungsgezet in Kraft getreten ist und demnächst auch die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages erfolgen wird, ist Deutschen die Möglichkeit der Einwanderung in die Vereinigten Staaten wieder gegeben —, sofern sie die nötigen Mittel dafür zur Verfügung haben. Nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes können im laufenden Fiskaljahr bis zu 68 000 Deutsche drüben einwandern. Dabei ist aber zu unterscheiden zwischen Deutschen, die in solchen Orten geboren sind, die auch jetzt noch zu Deutschland gehören und solchen, die in den an andere Staaten abgetretenen Gebieten geboren sind. Wer z. B. in Buk oder Gnesen geboren ist, gilt nach dem amerikanischen Gesetz als polnischer Staatsangehöriger, auch wenn er vielleicht als früherer Jugend an im heutigen Deutschland gelebt hat. Da nun die polnische Einwanderungsquote (25 000) längst erreicht ist, so werden alle Einwandernden, die aus heute polnischen Orten kommen, auch wenn sie das Bistum eines amerikanischen Konsuls besitzen, von der Einwanderungsbehörde in Amerika unwilliglich zurückgewiesen. Sie müssen also die Reise nach Europa wieder zurückmachen. Das bedeutet in den meisten Fällen die völlige Vernichtung ihrer Existenz. Erst nach Verlauf eines Jahres können sie von neuem den Antrag auf Zulassung in die Vereinigten Staaten stellen.

Ein Kundiger! Der Arbeiterrat der Alliiengesehellschaft für Anilinfabrikation wendet sich in einer längeren Zuschrift an uns gegen die geistlosen Bemerkungen, die ein Leser des Intelligenzblattes, des „Lokal-Anzeigers“, in einer Einfindung am 1. September machte. Es handelte sich um die große Demonstration und ihre organisatorischen Vorbereitungen. Und wenn der Schmierfink die mit roten Armbinden versehenen Ordner als Streikposten bezeichnet usw., so ist damit nur erwiesen, daß dieser Mann als Reaktions- und politischer Kretin sich produzierte, über den man zur Tagesordnung übergeht.

Nach- und Reparaturschuhmacher! Die Verhandlungen mit den Schuhmacher-Innungen Groß-Berlins haben stattgefunden. Unsere

Kollegschaft nimmt zum Angebot der Arbeitgeber in einer Branchenversammlung am Mittwoch, den 28. September 1921, abends 7 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c, Stellung, wofür die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung erfolgt. Kollegen erscheinen vollständig. Die Branchenleitung.

Gewerkschaftsunterkommissionen. Mittwoch, den 28. September 1921, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Kaszuhn, Erstr. 8, Ecke Donaustr., eine wichtige Sitzung statt. Erscheinen aller Delegierten unbedingt notwendig.

## Parteiveranstaltungen

Die für heute angelegte Demonstration fällt aus. Freizeitschiffen. Mittwoch, 6 Uhr, wichtige Sitzung. Geschäftsleiter der Kaszuhn 3 Uhr.

Jugendflugblätterverteilung. Sonntag, den 2. Oktober. Die Flugblätter müssen im Freizeitschiffen, Breite Str. 89, abgeholt werden. Der Tag wird noch bekanntgegeben.

### Dienstag, 27. September

11. Bezirk, 5. Abteilung. 7 Uhr wichtige Besprechung bei Kuk, Danziger Straße 53.

14. Bezirk, 1. Abteilung. Heute abend 8 Uhr Mitgliederversammlung Johannastraße 7.

15. Bezirk, Genossen, die nach vierwöchentlichem Erwerbslosigkeit Anspruch auf wöchentliche Pflanzung der „Freiheit“ haben, wollen sich beim Genossen Gales, Ebertstr. 20, bis zum 30. d. M. melden, ebenso die streikenden Mitglieder unseres Bezirks.

18. Bezirk, 13. Abteilung. Abends 7 Uhr Zusammenkunft bei Feister, Guoystraße 11.

### Mittwoch, 28. September

5. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Sitzung der Bezirksleitung. Abteilungsleiter und Delegierte müssen erscheinen.

6. Verwaltungsbezirk, 17. Bezirk. Genossen und Genossinnen stellt sich der Frauen-Arbeitskommission früh 5 1/2 Uhr, am Schlichten Bahnhof zur Verfügung beim Empfang der zurückkehrenden Ferienkinder.

6. Verwaltungsbezirk (Hakenhof). Kinder-Arbeitskommission. Abends 8 Uhr gemeinsames Zusammenkommen aller Kinder, die an Wandertagen und Märchenabenden teilnehmen bei Krüger, Grimmstr. 1. Entfernt wohnende Kinder treffen sich eine halbe Stunde früher bei Ebertstr. 20, Masowestr. 33.

13. Verwaltungsbezirk (Abteilung Prenzlau). 7 Uhr Generalversammlung in der Schulstra. 11, Grundstraße. Mitgliederausweis legitimiert.

4. Bezirk, Abends 7 Uhr kombinierte Vorstandssitzung vom 4., 5. und 6. Bezirk bei Kuk, Guoystraße 11.

8. Bezirk. Das Material der Werbemaße ist bis heute abend in den Abteilungsabteilungen abgeholt und dann umgehend an den Genossen Schütz zu übergeben.

11. Bezirk. Funktionärkongress der Schlichte, Fahrenstraße 2. Mitglieder der Bildungs- sowie auch der Jugendkommission müssen anwesend sein.

16. Bezirk. Engere Vorstandssitzung mit Stadt- und Bezirkskommissionen sowie 16. Bezirk. Abends 7 Uhr allgemeine Funktionärkongress mit den Kommissionsmitgliedern der Rosa, Hubener Str. Referent: Gen. Riedt.

19. Bezirk (Kreuzberg). 1. Abt. Extrazusammenkunft bei Feister, Ecke Köpenickerstr. Vortrag des Genossen Gotschall. „Freiheit“-Leser und Gäste willkommen.

19. Bezirk (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Bezirkskonferenz im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

19. Bezirk (Kreuzberg). Kommunale Kommission. 7 Uhr Vortrag im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Str. 147.

**Pfeil-Spar-Glühkörper**  
Man fordere ausdrücklich „Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die „Pfeil“-Schutzmarke  
**25% Gas-Ersparnis**

**Altmetalle**  
Kaufzeitzahlung  
Kognak  
Restaurateure  
Schlaraffia

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a  
Gemeinnützige Bau- und Betriebsgenossenschaft für Groß-Berlin, e. G. m. b. H.  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 238  
Am Montag, den 3. Oktober 1921, nachmittags 6 1/2 Uhr, in Haverland's Postfalle, Berlin E, Neue Friedrichstr., Eingang Nachstraße  
**Außerordentl. Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht und Genossenschaftliches.  
2. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates.  
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
Eintritt erfolgt nur gegen Vorlegung der Mitgliedskarte bei Eintragung der Genossen beim Amtsgericht.  
Der Ausschussrat  
Friedrich Sehe Otto Panzer Gustav Sieker

**Zurückgekehrt Dr. Kornfeld**  
Stinken, Bahnhofstraße 111. Fernsprecher: Spandau 990.  
Sprechstunden von 8—10 und 4—6.  
**Achtung!**  
**Betriebsräte = Vollversammlungen**  
Gruppe XIII, Verkehr:  
Dienstag, 27. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 3a 4;  
Gruppe XI, Metallindustrie:  
Mittwoch, 28. September, abends 6 Uhr, Germania-Verdicht, Chausseestraße 110;  
Gruppe IV, Chemische Industrie, Gruppe VI, Graphisches Gewerbe:  
Donnerstag, 29. September, abends 8 Uhr, in der Berliner Vereins- u. Kongresshalle (Kornishallen), Kommandantenstr. 58/59.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
**Die Schlichtungsordnung.**  
einmal gerührt — immer gelobt.  
Kapitän-Rautabak

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85  
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.  
**Achtung!**  
Donnerstag, den 29. September 1921, abends 8 1/2 Uhr  
**Versammlung**  
aller Kollegen und Kolleginnen der  
Eisen- und Weißmetall-Industrie  
in der Union-Druckerei, Hafenstraße 22-31 (Gartenhof).  
Tagesordnung:  
1. Unsere Taktik bei kommenden Lohnbewegungen. Referent: Kollege Jiska.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Am Donnerstag, den 29. September 1921, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15  
**Mitgliederversammlung**  
aller jugendlichen Metallarbeiter  
und Lehrlinge  
Tagesordnung:  
Bericht vom Jugendtag in Jena  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todesanzeige**  
Der Kollege zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:  
Der Schlichter  
**August Heinze**  
Märkerstr. 166, am 21. 9.  
Die Einäscherung findet am Dienstag, 27. Sept., nachm. 1 Uhr, im Krematorium Gerickestr. statt.  
Der Bruder  
**Karl Hilsse**  
Fährstr. 31, am 23. Sept.  
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 28. 9., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Köpenickerstr. statt.  
Der Arbeiter  
**Otto Wabersed**  
Nichtenb., Mühlgr. 24, am 23. September.  
Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 28. 9., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Köpenickerstr. statt.  
Der Arbeiter  
Krege Verstärkung wird erachtet.  
Die Ortsverwaltung.